1 H 3752 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 35 vom 2. September 1983 | 17. Jahrgang | 1 DM

In dieser Woche:



★★★

„LEO für Deutschland“

Nun also sind wir endgültig wieder wer. Die Schweiz kauft den Leo. Sah man die Fernsehnachrichten, dann war das sozusagen das Ereignis der Woche. Denn wenn ihn schon die Schweizer kaufen, und die Saudis wollen ihn bekanntlich schon lange...

Deutsche Panzer für die Welt? Made in Germany zieht halt. Gerade bei Waffen. Und eben insbesondere bei Panzern. Die bundesdeutsche Rüstungsindustrie zählt wieder. Und sie zählt auch Geld und zwar schon lange und aus aller Herren Länder.

Daß, so ganz nebenbei, zur selben Zeit bundesdeutsche Waffenhändler, die das bißchen einschränkende Gesetz wieder eben mal umgangen hatten, gegen Kaution freigelassen wurden, das war schon weitaus weniger Aufsehen wert.

Man darf sich nichts vormachen: Die Aufwertung des bundesdeutschen Waffenhandels, zentral gesteuert, das ist eben ein solcher Schritt, der in der öffentlichen Meinung eine der nötigen Breschen schlagen soll, um in den „laschen Haufen“ wieder Militarismus-Begeisterung zu bringen.



Verweigert

Nach dem Richter hat nun auch der Kardinal seine Mitarbeit verweigert. Die Untersuchungskommission, die den Mord auf den Philippinen zu den Akten legen soll, wird endgültig ausschließlich aus des blutigen Diktators eigenen Leuten bestehen, ohne Dekoration.

Und das ist nicht nur gut so, sondern zeigt auch deutlich, wie weit sich der NATO-Fan Marcos schon selbst in besseren Kreisen isoliert hat.

Denn das Ergebnis einer solchen Untersuchung steht ja schon fest, trotz aller Zeugen: Natürlich hat ein Herr Marcos und hat auch seine werte Gattin nichts damit zu tun. Wobei nicht nur jeder, der sich auskennt, sondern eben auch die Augenzeugen das Gegenteil meinen.

Kemal Altun wurde in den Tod getrieben!

Am Morgen des 30. August stürzte sich der türkische Asylbewerber Cemal Kemal Altun (23 Jahre) aus einem Fenster im 6. Stock des Westberliner Verwaltungsgerichts. Der Verzweiflungstat vorausgegangen waren 13 Monate Abschiebehaft mit der ständigen Angst, vielleicht am nächsten Tag schon in die faschistische Türkei abgeschoben zu werden, wo Folter und Tod auf ihn warteten. Die Verantwortung für seinen Tod liegt bei der Bonner Regierung, ihrer menschenfeindlichen Ausländerpolitik, ihrer Freundschaft zur türkischen Junta, für die sie auch über Leichen geht.

Die Nachricht erreichte uns kurz vor Redaktionsschluß: Kurz vor Beginn der Verhandlung vor dem Kammergericht, in der es um seine Anerkennung als politischer Flüchtling ging — gegen 8.30 Uhr am 30. August — erhob sich Kemal Altun von seinem Platz im Gerichtssaal, schritt ruhig zum Fenster — und stürzte sich hinaus.



Wir sind zutiefst bestürzt über Kemal Altuns Tod. Wir trauern um einen Antifaschisten, um dessen Rettung vor den Henkern in Ankara in den letzten Wochen und Monaten in Westdeutschland in vielen anderen Ländern Tausende Demokraten, Antifaschisten und Revolutionäre gekämpft haben. Noch die Seiten dieser Zeitung, die in den vergangenen Tagen fertiggestellt wurden, berichten von diesem Kampf und der Hoffnung, ihn gewinnen, die Bundesregierung, die bereits vor Monaten der Auslieferung Kemal Altuns zustimmte, zum Rückzug zwingen zu können. Das alles ist jetzt so plötzlich vorbei.

Nicht vorbei aber ist der Haß auf eine Regierung, die Kemal Altun in den Tod getrieben und vor ihm bereits Dutzende Asylbewerber den türkischen Faschisten in die Hände gespielt hat. Nicht vorbei ist der Kampf gegen ihre Politik des Ausländerhasses im Lande und der Zusammenarbeit mit faschistischen Regimes in aller Welt.

Das war kein „Freitod“!

In den Tod getrieben haben sie ihn, jawohl. Wer in dieser RM-Ausgabe liest, wie vergleichsweise gut sich der Prozeß für Kemal Altun anließ, mag sich zunächst wundern über den Selbstmord. Aber: Tatsache ist, daß die Bundesregierung in ihren Auslieferungsentscheidungen an solche Gerichtsbeschlüsse nicht gebunden ist. Sie kann selbst Menschen ausliefern, die als politische Flüchtlinge anerkannt sind; auch Altun war das bereits, und die Bundesregierung erhob Einspruch dagegen. Wer weiß, was sie Kemal Altun im Gefängnis über die ihm zugedachte Behandlung erzählt haben. Man muß bedenken: Die Drohung stand im Raum, ihn schon abzuschieben, bevor das Verfahren überhaupt eröffnet war. Und auch hinterher hob die Regierung diese Drohung nicht auf. Kemal Altun war bereits gezeichnet von der langen Haft, während der er immer wieder terrorisiert wurde. Einmal zum Beispiel wurde er aus der Zelle geholt und zu einem Wagen gebracht, weil er angeblich sofort abgeschoben werden sollte — eine Art psychischer Folter, die aus Nazi-Zeiten bekannt ist.

Die Schuldigen für seinen Tod sitzen in Bonn. Besondere Schuld trifft Friedrich Zimmermann als Innenminister und als den Mann, der erst kürzlich zu Evren reiste, um dort die Grundsätze bundesdeutscher Ausländerpolitik zu verdeutlichen und Maßnahmen zur gedeihlichen Zusammenarbeit mit dem Faschistenregime auszukungelte.

Überall in Westdeutschland gab es bereits und gibt es weiter Protestaktionen. Die KPD macht dabei nach Kräften mit. Gleich nach Bekanntwerden des Todes von Kemal Altun gab sie auch ein zentrales Flugblatt heraus, in dem gefordert wird:

Zimmermann muß zurücktreten!

Schluß mit der Zusammenarbeit BRD/Türkei — Stoppt die Türkeihilfe!

Kein einziger Asylbewerber darf mehr an die Türkei und andere faschistische Regimes ausgeliefert werden!

Nieder mit der türkischen Junta!

Änderung des Asylverfahrensgesetzes — Keine Abschiebung politisch Verfolgter!

Zügige Anerkennung aller Asylbewerber!

Protestdemonstration gegen die faschistische Militärjunta in der Türkei

Samstag, 10. September
Köln, Ebertplatz
Beginn: 10.30 Uhr

„Unser soziales System ist teuer und unwirtschaftlich“

Albrecht fordert verschärften Lohn- und Sozialabbau

Kritik an Kohl häuft sich

Immer stärker wird die Kritik an der Politik Kanzler Kohls von reaktionärsten Kreisen aus betrieben. Immer neue Sprecher des Großkapitals der BRD bemängeln, daß die vielbeschworene Wende nicht energisch genug vorangetrieben werde. In ihrer Klarheit schlägt dabei die vom niedersächsischen Ministerpräsidenten Albrecht vorgetragene Position alle bisherigen Kritiker.

Denn Albrecht bilanziert gleich zu Beginn die bisherige Politik Kohls, ein dreiviertel Jahr nach dem Bonner Regierungswechsel. Man dürfe die Bedeutung der bisherigen Maßnahmen zwar nicht unterschätzen, sie zeigten in die richtige Richtung, signalisierten eine Wende, gingen aber längst nicht weit genug. Albrecht kalkuliert mit einer umverteilten Summe von ca. 5 Milliarden Mark, was bei einem Bruttosozialprodukt von 1750 Milliarden einfach zu wenig sei.

Seine Kernthese:

„Die Entlohnung des investierten Kapitals ist zu gering, die Entlohnung der Arbeit zu hoch.“

Davon leitet er dann ganz konkrete Forderungen nach Steuersenkungen für die Unternehmen, Steuererhöhungen für die arbeitenden Menschen ab.

Sicher: Besonders neu ist das alles nicht. Neu ist, daß es in dieser Form vom Ministerpräsidenten eines Bundeslandes gesagt wird, daß es in dieser schroffen, die eigene Politik bilanzierenden Form gesagt wird. Bedeutend daran ist insbesondere, daß damit das Trommelfeuer, das die Propagandisten der Kapitalistenverbände seit längerem verstärkt haben, deutlich verschärft wird.

Entsprechend kam denn auch lautstarker Beifall von Kapitalistenseite. Für die Arbeiter und Gewerkschaftsbewegung, für alle Menschen in diesem Land, die nicht zu den Kapitalibesitzern gehören bedeutet dies nicht nur, daß das Programm der sozialen Wandlung im Sinne der Reichen immer deutlicher und drängender öffentlich formuliert wird, sondern auch, daß neue Angriffe bevorstehen, vor allem, wenn es um den nächsten Bundeshaushalt geht, der im Herbst zur Debatte gestellt werden wird.

Thyssen setzte Ziele mit Erpressungsmanövern durch

Todesurteil für AG Weser?

Fusion ja, Fusion nein — der Sinn dieses „Spielchens“ der Thyssen-Bornemisza-Gruppe und ihrer Vulkanwerft ist nun deutlich geworden: Es ging um noch eindeutigere Rationalisierungspläne im Sinne der Thyssens. Die Schließung der AG Weser soll nun den Weg freimachen zur Fusion von Vulkan, Seebeck und Hapag-Lloyd.

Zum Mittler in der Öffentlichkeit dieses Beschlusses machte sich der Bremer Bürgermeister Koschnick. Für dieses Konzept müsse es neben Landes- auch Bundesgelder geben. Was keinesfalls auszuschließen ist, denn Stillegungsprämien sind eine Spezialität dieser Regierung. Koschnick macht damit nur einmal mehr, wenn auch sehr drastisch, deutlich, daß die sozialdemokratische Werftenpolitik restlos gescheitert ist.

Die Kapitulation vor dem Druck der Thyssens unterstreicht dies. Für die Werftarbeiter heißt dies erst einmal die Vernichtung von über 2000 Arbeitsplätzen. Zwar werden jetzt große Versprechungen gemacht: Übernahme durch die Vulkan (und auch Daimler-Benz, womit man offensichtlich nebenbei auch noch die Bremische Industrieansiedlungspolitik, die zunehmend kritisiert worden war, wieder aufwerten will).

So werden die radikalen Positionen, die die Kapitalisten schon auf der von der SPD einst so heiß angepriesenen Werftenkonferenz vertreten haben nun durchgesetzt, ohne alles beschönigende Beiwerk. Und wenn die Bonner Regierung zur selben Zeit erklärt, es gäbe kein Geld mehr für Sozialpläne, dann kann man leicht schlußfolgern, daß die ganze Sachlage keineswegs so locker leicht geklärt ist, wie Koschnick dies, kurz vor seiner Wahl, gerne darstellen möchte.

Letzte Meldung Streik in Bremen

Dienstag morgen kam es in Bremen zu spontanen Streikaktionen der Werftarbeiter. Koschnicks Rechnung ist dabei ohne Zweifel ein Schuß nach hinten geworden. Es erscheint nicht glaubwürdig, was er verspricht, und die Pläne der Kapitalisten sind überdeutlich geworden. Ausführliche Berichterstattung im nächsten „Roten Morgen“.

Zur Landtagswahl in Hessen — Nach ausführlicher Diskussion beschlossen

KPD Hessen ruft zur Wahl der Demokratischen Sozialisten auf

Auch in Hessen hatte unsere Partei, wie bei anderen Wahlen in jüngster Zeit, angestrebt, ein klassenkämpferisches Wahlbündnis zustandezubringen. Dies ist die Taktik der KPD, ausgehend davon, daß es heute not tut, diese Idee, diese Vorstellung populärer zu machen, sie als politische Alternative auch bei Wahlen zu stellen. Nachdem das nicht gelang, beschloß die Landesbezirksleitung nach ausführlichen Diskussionen in der Partei, zur Wahl der Partei der Demokratischen Sozialisten aufzurufen.

„Liebe Genossinnen und Genossen,

wie auf den letzten Mitgliederversammlungen besprochen, ist ein klassenkämpferisches Wahlbündnis nicht zustandegekommen, sondern gescheitert.

Noch einmal zu eurer Information: angesprochen hatten wir den BWK, die MLPD, die GIM und die DS.

Die DS hatten etwa zur gleichen Zeit beschlossen, nicht zu kandidieren, die GIM erteilte uns für diesen konkreten Fall eine schriftliche Absage, verbunden mit der Absichtserklärung, bei anderen Fragen in Zukunft mehr mit uns zusammenarbeiten zu wollen, die MLPD hob die Bedeutung der hessischen Landtagswahlen hervor, kritisierte uns wegen Unterschätzung dieser Wahl, sprach anschließend von einer Erstarkung der von ihnen initiierten und unterstützten Vereinigten Arbeiterlisten (diese wurden von den Genossen der MLPD selbst als Wahlpartei bezeichnet), und lehnte anschließend ein Bündnis zu eben dieser Landtagswahl ab mit der Begründung, der Kampf gegen die Raketenstationierung im Herbst müsse allen anderen Aufgaben vorangestellt werden. Der BWK erklärte sich zu einem klassenkämpferischen Wahlbündnis bereit.

Daraufhin beschloß die LBL, daß die Partei selbst, mit Unterstützung des BWK, kandidiert. Geplant war die Aufstellung von insgesamt fünf Kandidaten in Frankfurt und Darmstadt.

Danach stellte sich heraus, daß die Demokratischen Sozialisten auf einer außerordentlichen Delegiertenkonferenz wider Erwarten beschlossen, doch selbst zu kandidieren. Sie haben Kandidaten in ca. 35 Wahlkreisen (das sind etwa 65 Prozent aller Wahlkreise in Hessen), wobei in Südhessen alle Wahlkreise abgedeckt sind.

Nach Gesprächen mit Genossen der DS erschien es dem Sekretariat der LBL sinnvoll und politisch richtig, die Kandidatur der Partei nicht durchzuführen und eine kritische Wahlempfehlung zugunsten der DS auszusprechen."

Zur Begründung dieses Wahlaufrufs unterstreicht die LBL Hessen der KPD, daß sich die DS, was die aktuellen Schwerpunkte in diesem Wahlkampf betrifft, sich nicht all zu sehr von den Schwerpunkten der KPD unterscheidet. Die politische Stoßrichtung des Wahlkampfes, den die KPD in Hessen führen wird, wird wie folgt zusammengefaßt:

„An dem geplanten Inhalt des Wahlkampfes der Partei ändert sich dadurch nichts. Wir werden nach wie vor als klassenkämpferische Alternative an die hessischen Arbeiter und übrigen Werktätigen herantreten mit folgenden Schwerpunkten:

- wirtschaftlicher Klassenkampf gegen Lohnabbau, Arbeitslosigkeit, Rationalisierungen, wobei ein Schwerpunkt die Forderung nach der 35-Stunden-Woche sein wird;
- Kampf gegen Sozialabbau, gegen das Abwälzen der Krisenlasten auf die ärmsten Bevölkerungsschichten mit der Forderung: Die Reichen sollen die Krise bezahlen;
- Kampf gegen die Faschisierung, wobei hier die Schwerpunkte generell gegen die Maßnahmen der schwarzen Reaktion in Bonn und die Auswirkungen auf Hessen gerichtet sein werden, mit besonderer Wichtigkeit der gerade in Hessen bewußt geschürten Ausländerfeindlichkeit;
- Kampf gegen die Kriegsgefahr. Hier wollen wir aufzeigen, daß auch der Kampf gegen die Raketenstationierungen Bestandteil des Klassenkampfes ist und unsere Forderungen nach Austritt aus der NATO und nach Neutralität propagieren."

Außerdem wird als Gesichtspunkt für diesen Wahlaufruf zugunsten der DS durch die KPD auch hervorgehoben, daß dies von Bedeutung für die Entwicklung einer klassenkämpferischen, revolutionären Bewegung werden kann.

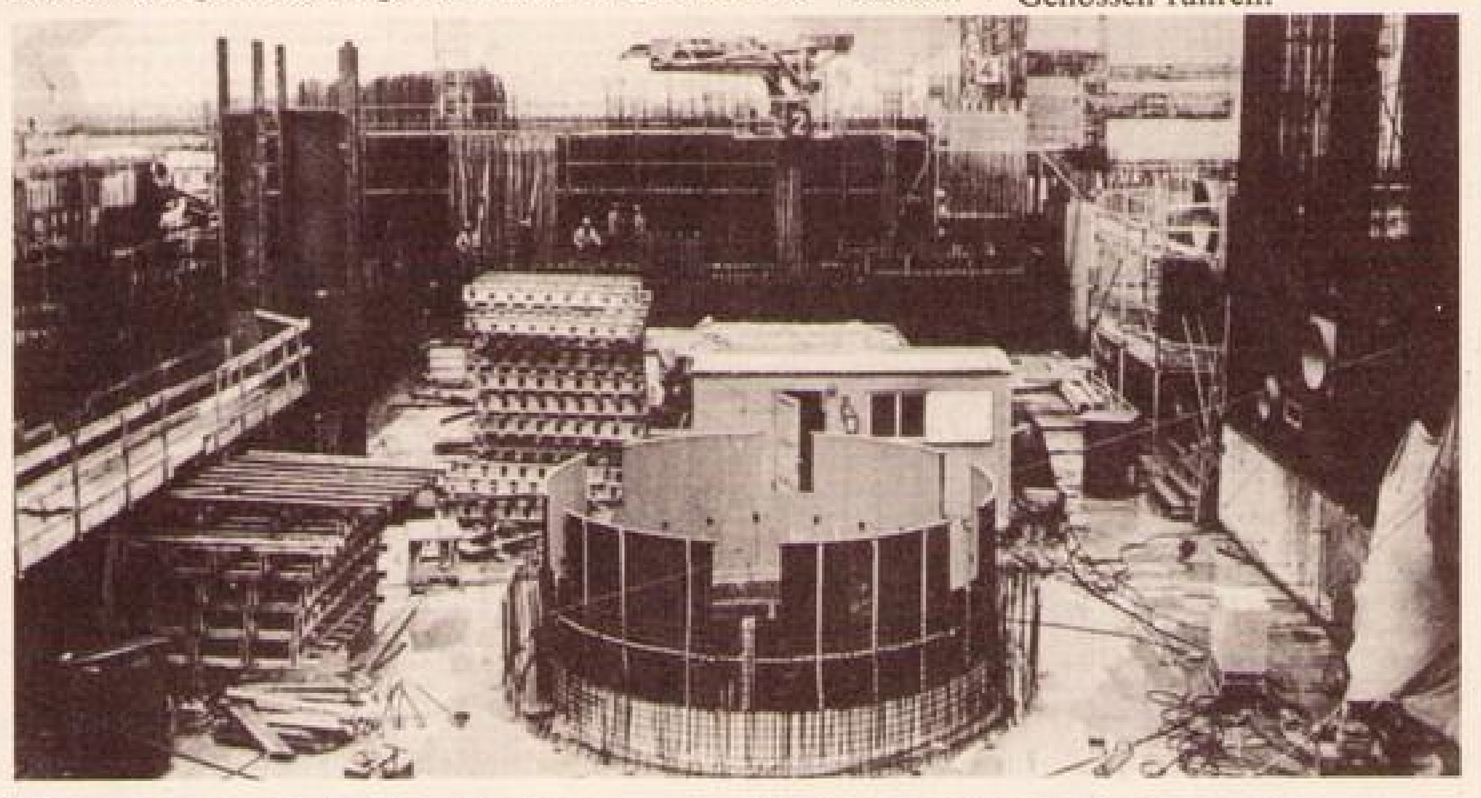
„Nun zur Wahlempfehlung zugunsten der DS. Es geht hier nicht um die generelle Frage der Bewertung einer linkssozialistischen Partei links von der SPD, es geht auch nicht um die Zukunftschancen einer solchen Partei, wenn die SPD in der Opposition ist.

Die DS sind bekanntlich keine Partei mit einer festgefügten Linie oder mit einem Mitgliederstamm mit einem einheitlichen Willen. Die Mehrzahl besteht aus ausgetretenen Sozialdemokraten, die von der Ideologie erst mal Sozialdemokraten bleiben, die größtenteils große parlamentarische Illusionen haben und bei denen der Antikommunismus noch relativ stark verbreitet ist. Es gibt ein weiteres breites Spektrum an Mitgliedern, das von Trotzkisten, Ex-K-Gruppenmitgliedern, DKP-Mitgliedern, freischwebenden Linken und selbst noch einigen Grünen reicht. Es gibt aber unter all denen — und darauf kommt es uns an — Genossen, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, die versuchen, ihre Partei mehr in Richtung Klassenkampf zu bewegen, mehr Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit zu machen und sozialdemokratische Marotten und interllektuelle Diskutiererei abzubauen. Ein großer Teil dieser Genossen freut sich über jede Hilfe von links.

Durch eine Wahlempfehlung zugunsten der DS stärken wir erst einmal diese Kräfte. Auf jeden Fall haben wir die Möglichkeit, näher mit den Mitgliedern zusammenzukommen, Meinungen auszutauschen, besonders aber auch unser Standpunkt, unsere Politik in die DS und vielleicht in deren Umfeld hineinzutragen.

Aber auch für die DS als Partei ist das von Bedeutung, denn es kann uns nicht egal sein, wenn eine solche Partei existiert, welchen Charakter sie hat. Wir sollten auf jeden Fall jede Möglichkeit nutzen, daran mitzuarbeiten, daß die klassenkämpferischen Kräfte bei den DS gestärkt werden. Wir können so einen konkreten Beitrag zur Einheitsfront und auch zur Einheit der revolutionären Sozialisten leisten. Sicher dürfen wir uns dabei keine Illusionen machen. Es gibt dort, wie schon erwähnt, in erster Linie Sozialdemokraten, teilweise extreme Antikommunisten, zumindest gibt es starke Berührungsängste gegenüber Kommunisten. Diese Kräfte werden sich natürlich gegen eine Zusammenarbeit mit uns wehren. Aber auch das kann uns und den klassenkämpferischen Kräften bei den DS nur nützen, weil es die Widersprüche dort verschärft und u.U. zu einer festeren Haltung dieser Genossen führen kann."

Abschließend unterstreicht die LBL, daß dies natürlich nicht bedeutet, daß die KPD nun mit gebremster Kraft am Wahlkampf teilnehmen wird, sondern daß es natürlich darum geht, unsere politischen Vorstellungen, die kommunistischen Vorschläge bekanntzumachen. Wir werden im weiteren noch Materialien der KPD über den hessischen Landtagswahlkampf veröffentlichen und auch ein RM-Gespräch mit hessischen Genossen führen.



Sie scheuen kein Risiko — sofern es nicht ihres ist

Gegen den Probelauf des THTR in Hamm

Ohne fertiggestellte Sicherheitssysteme soll im Herbst ein Probelauf des THTR 300 in Hamm (Westfalen) stattfinden. Zahlreiche Organisationen rufen dagegen zu einer Protestdemonstration am 17. September auf.

Hintergrund dieser gesamten Entwicklung ist, daß auch in NRW voll auf den weiteren Ausbau der AKWs gesetzt wird. Sieben Anlagen sind entweder in Betrieb, im Bau oder im Genehmigungsverfahren.

Dabei wird gerade in NRW diese Politik mit der alten SPD-Losung verkauft der „Partnerschaft zwischen Kohle und Kernenergie", die sich faktisch schon lange als Lüge erwiesen hat.

Der Hammer Hochtemperaturreaktor wird dabei gerade in der Dortmunder Krisenregion als Voraussetzung für künftige Kohlenutzung angepriesen. Nur er könne die nötige Prozeßwärme für Kohlevergasung oder -verflüssigung liefern. Eine Behauptung, die schon dadurch widerlegt wird, daß es solche Verfahren schon gab, als von AKWs höchstens auf ganz theoretischer Stufe die Rede war.

4 Millionen Mark hat allein die bisherige Entwicklung des Hammer Reaktors gekostet, riesige Steuerbeträge wanderten in die Kassen der AKW-Lobby.

Gerade für NRW wäre dies Geld gewesen, daß zur Sicherung der Arbeitsplätze im Bergbau und bei der Stahlindustrie große Wirksamkeit hätte haben können — allein, das Kapital wollte es anders. Und die SPD-Landesregierung setzte es durch.

Gründe mehr als genug also, diese Demonstration am 17.9. in Hamm für gut zu finden, auch wenn man sich nicht allen Aussagen des Demonstrationsaufrufs anschließen kann. (So, wenn zum Beispiel die Kohleweiterverarbeitung insgesamt angegriffen wird — was flasch ist und den AKW-Verfechtern natürlich auch eine weitere Möglichkeit in die Hand gibt, einen Graben zwischen einer solchen Aktion und den Bergarbeitern zu ziehen). Daß eine solche Politik nicht in aller Ruhe und Heimlichkeit durchgezogen werden kann, sondern auf Widerstand trifft, ist auf jeden Fall zu begrüßen.

Wenn er lächelt, die weißen Zähne modellhaft für ein Bahlsen-Werbeplakat geeignet, sieht er so nett aus. Und nett ist er auch. Zu seinesgleichen jedenfalls. Die Rede ist, falls noch nicht klar, von Niedersachsens Ministerpräsident Ernst Albrecht, der vom Manager bei Bahlsen zum Manager der Wendepolitik aufstieg.

Er und seine Mannschaft vom Unternehmer-Steuerparadies Niedersachsen haben schon so manches Ding „gedreht". Ein Möcklinghoff als Polizeiminister steht dem „zweitkleinsten Großmaul der jüngeren deutschen Geschichte", dem Lummer und seinen Räumsheriffs wahrlich nicht nach. Ein Hasselmann mit seinem Volksliedhit vom schiefgewachsenen Niedersachsen ist als Verbreiter reaktionärster Ideologie auch nicht zu verachten.

Klar, daß da auch sozialpolitisches Profil gezeigt werden muß. Zumal, wenn zuvor ein Siemens-Abgeordneter namens George großes Aufsehen erregt. Dann geht es darum zu zeigen, daß man im Norden auch reaktionär sein kann. Nach wie vor.

Strahlemanns Giftpillen

Und so schoß Strahlemann seine Giftpillen heraus, die, einmal mehr, viel Aufsehen erregten und Aufregung verursachten. Inhaltlich unterscheiden sich seine Vorschläge nur unwesentlich von anderen ähnlichen Programmen aus CDU/CSU- und FDP-Kreisen, die mehr oder minder direkt mit den großen Unternehmen der BRD verbunden sind. Einfacher und übersichtlicher sind sie vielleicht als ausgefeilte Papiere. Weniger Steuern für Unternehmer, mehr Steuern für die Werktätigen, daß ist der einfache Kern, garniert mit den nun schon zum Ritual gewordenen Forderungen nach Abschaffung dessen, was die feinen Herren unter sich heute „Sozialklimbim" nennen.

Das Besondere liegt denn auch weniger im Inhalt, weniger in Albrechts Profilierungsversuch. Das Besondere liegt an der Regelmäßigkeit, an der Häufigkeit, mit der solche Papiere, Gedanken, Programme, oder wie man es auch immer gerade nennen will, jetzt veröffentlicht werden. Da jagt ein Vorschlag die anderen, von jeder Ecke und Fraktion der Regierungsparteien und von jedem Kapitalistenverband kommt was eigenes.

Sicher zeigt dies, daß es da im einzelnen, je nach eigener Interessenlage, unterschiedliche Ziele und Forderungen gibt. Trotzdem hat dieses wahre Trommelfeuer natürlich noch eine andere, durchaus erwünschte Wirkung in der Öffentlichkeit.

Es soll ein Prozeß der Gewöhung, der Anpassung, des sich Abfindens begünstigt werden, es sollen so Positionen geschaffen werden, die allen Gegnern einer solchen unsozialen arbeiterfeindlichen Politik nur noch erlauben, Rückzugsgefechte zu führen.

Der DGB und auch die SPD und die Grünen protestieren lebhaft. Wobei die SPD ihrerseits lediglich die Alternative anbietet, eine Wirtschaftspolitik zu betreiben, die nicht nur die arbeitenden Menschen nach und nach verarmt, sondern auch den Unternehmern ein paar Mückenstiche verpaßt. Wie in den letzten Schmidt-Jahren gehabt.

Beim DGB tat sich vor allem der IG-Chemie-Chef Rappe hervor. Erstaunlich für einen Mann, der sich bisher als größter Rammbock gegen jeglichen Widerstand der Arbeiterschaft gegen kapitalistische Krisenpolitik erwies. Aber da spielen natürlich zwei Dinge mit: Zum einen ist es leicht, auf Albrecht einzudreschen und dabei so zu tun, als wäre Kohls Politik, die ja dieselbe Richtung steuert, nur bisher nicht so weit geht, völlig anders und sie außen vor zu lassen. Und zum anderen weiß natürlich auch ein Rappe, daß bei allzu weitgehender sozialer Demontagepolitik die Rolle rechter DGB-Bonzen, wie er ja nun gewiß einer ist, von beiden Seiten her, von Arbeitern und Unternehmern, in Frage gestellt werden kann.

Es bleibt dabei: Der beste Schritt zum Kampf gegen solche Pläne wie die eines George oder nun eines Albrecht ist es, gegen die heutige Bonner Politik Kohls Widerstand zu leisten, um dieser Entwicklungsbahn eine Barriere vorzusetzen.

Und es bleibt dabei: Die Losung, unter der ein solcher Widerstand gegen Bonner Verarmungspolitik erfolgreich geführt werden kann, ist keinesfalls die, sozial ausgewogene Kürzungen zu fordern, (die ja, selbst wenn sie verwirklicht würde, immer noch die ärmeren Teile wesentlich mehr treffen würde als die Reichen) sondern allein die, daß es die Reichen sind, die die Krise ihres Systems bezahlen sollen. Das ist die passende Antwort auf Strahlemanns Giftpillen.

Helmut Weiss

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

13., 14,, 15. Oktober:

Auftakt in Bremerhaven und Nordenham

Die „großen" Herbstaktionen der Friedensbewegung beginnen nicht erst mit den „Volksversammlungen für den Frieden" am 22.10. in Bonn, Stuttgart/Neu Ulm, Hamburg und Westberlin.

Eine „Volksversammlung" gibt es bereits am 15.10. in Bremerhaven, und den Auftakt geben Blockadeaktionen in Bremerhaven und Nordenham bereits am 13. und 14.10. Blockiert werden sollen die Carl-Schurz-Kaserne (Bremerhaven) und der Hafen von Nordenham.

Warum gerade dort? In einem Informationsschreiben geben Kriegsgegner aus Norddeutschland die Antwort: „Unser Protest richtet sich gegen die Stationierung neuer amerikanischer Atomraketen und gegen die gesamte Hochrüstungspolitik der NATO. Dies soll an der Hauptdrehscheibe der Aufrüstung in Norddeutschland ausgedrückt werden."

...das sieht konkret so aus: „Bremerhaven/Nordenham ist möglicher Landepunkt für Pershing 2 und Cruise Missiles und Haupthafen für US-Militärmaterial. Für Bremerhaven/Nordenham als Anlandepunkt spricht:

- auch die Persing 1a kam auf dem Seeweg nach Europa;
- in der Carl-Schurz-Kaserne ist der Sitz des „Military Sealift Commands", zuständig für allen Nachschub, der auf dem Seeweg nach Europa und in den Nahen Osten kommt;
- schon 1973 wurde der Nordhafen in Bremerhaven von amerikanischer Militärpolizei abgeriegelt, um Waffen für Israels Nahostkrieg zu verladen. So etwas ist bisher einzigartig in Europa geblieben;
- in Nordenham werden laufend Atomsprengköpfe verladen;
- in Nordenham werden chemische Kampfstoffe, demnächst binäre Gasgranaten verladen;
- Waffen- und Munitionsimund export findet laufend in Bremerhaven/Nordenham statt:
- über Bremerhaven lief der Nachschub für die Libanonund Nahostkriege 1958, 1973, 1982...
- es fanden über Bremerhaven Waffenexporte, z.B. nach Südafrika statt;
- über Bremerhaven kommen jährlich ca. 1,5 Mio. Tonnen Waffensysteme und Militärmaterial;
- über Nordenham lief Material für den gegenwärtigen türkischen Völkermord an den Kurden;
- über Nordenham werden jährlich ca. 90000 Tonnen Munition angelandet und per Bahn und Schiff in den Süden der BRD transportiert.

Die gesamte Unterweserregion wird systematisch für einen neuen Krieg vorbereitet:

- in Bremerhaven sind amerikanische Einheiten stationiert, die im Zusammenhang mit Atomwaffen stehen. Dafür spricht sowohl der Troposcatter auf dem Kasernengelände wie auch andere Radar- und Kommunikationseinrichtungen in den umliegenden Orten;
- in Garlstedt ist die „Hölle auf Rädern" stationiert;
- in Nordholz ist eine Einheit der amerikanischen „Schnellen Eingreiftruppe";
- allein auf der Autobahn Bremen-Cuxhaven sind zwei militärische „Ausweichflugplätze";
- in der Region liegen mindestens drei Nike-Hercules-Atomraketenstellungen..."

Über ihre Absichten schreiben die Veranstalter weiter:

„Der Alltagsablauf in diesem amerikanischen Hauptbrückenkopf in Europa wird durch unsere Anwesenheit, unsere Demonstrationen, Kundgebungen und Aktionen wenigstens einige Tage blockiert werden. Damit zeigen wir gleichzeitig, daß viele Menschen langfristig und allerorts wie Sand im Getriebe wirken wollen, so daß die ganze Rüstung künftig nicht friedlich und reibungslos funktioniert. Wir wollen den inneren Scheinfrieden stören, um den Krieg zu verhindern! Der Erfolg dieser Woche wird weniger meßbar sein in der Anzahl der verzögerten Militärtransporte. Nicht der materielle Schaden für die NATO ist wichtig, sondern der politische, der entsteht, wenn einige zehntausend Menschen **die NATO insgesamt in Frage stellen.** Eine solche Aktion wird auf beiden Seiten des Atlantik Wellen schlagen und langfristig Impulse geben."

Und sie betonen:

„Wir erklären, daß von uns keine Gewalt ausgehen wird. Demonstrationsverbote werden unseren entschiedenen Widerstand finden. ***Wir werden uns unser Recht, dort zu demonstrieren, wo sich das Objekt unseres Protestes befindet, nicht nehmen lassen, und sowohl juristisch wie politisch als auch praktisch zu wahren suchen."***



Die Amis bereiten sich auf ihre Art auf den „heißen Herbst" vor. So wie in Ramstein, wo das oben abgebildete Foto entstand. Ramstein zeigte auch, daß die westdeutsche Polizei zusammen mit den Ami-Truppen zu brutalstem Vorgehen gegen Friedensdemonstranten bereit ist, sobald diese sie irgendwie stören — mögen sie sich auch noch so friedlich verhalten.

Breiter Protest gegen Bonner Asylpraxis

Auf Einladung des Komitees für die Freilassung von Cemal Kemal Altun traten am Donnerstag den 25. August in Bonn Vertreter verschiedenster politischer und humanitärer Organisationen zusammen, um zu beraten, wie neben der aktuellen Aufgabe, der Verhinderung der Abschiebung Cemal Kemal Altuns, der Widerstand gegen die Bonner Asylpraxis verbreitert werden kann. Erstes Ergebnis ist die unten abgedruckte Erklärung, die von fast allen Anwesenden unterzeichnet wurde.

Die Anwesenden waren sich einig darüber, daß die Verabschiedung der Erklärung und die Information der Presse nur ein erster Schritt sein kann. Die oft unmenschliche Abschiebepraxis bei laufenden Asylverfahren — gerade im Falle der Türkei — muß von allen demokratischen Kräften weiter bekämpft werden.

Neben weiteren Treffen dieses — hoffentlich nächstes Mal noch breiteren — Kreises zu speziellen Themen, wie etwa der Zusammenarbeit von Nachrichten- und Geheimdiensten in Asylfällen wurde auch eine zentrale Koordinationsstelle für Informationen über drohende Abschiebungen eingerichtet. Die Baseler Zentralstelle des Europäischen Komitees zur Verteidigung der Flüchtlinge und Arbeitsemigranten soll diese Aufgabe übernehmen. Bei dieser Stelle, einem Büro, das rund um die Uhr besetzt ist, sollen z.B. drohende Abschiebungen sofort gemeldet werden, die Informationen können dann laufend abgerufen werden.

Das Komitee mit der Kurzbezeichnung CEDRI hat die genaue Adresse: CEDRI 2 Basel, Postfach 2780, Tel.: (von der Bundesrepblik) (004161) 446619

Während des ersten Treffens des Kreises wurde durch angeregt, weitere Persönlichkeiten und Organisationen zur Unterzeichnung der Erklärung zu gewinnen. Bei der ersten Beratung unterzeichneten erst nur die Humanistische Union, die Jungdemokraten, die Bundestagsfraktion der Grünen, die KPD für ihre jeweilige Organisation. Viele Vertreter etwa der VVN, von amnesty international, terres des hommes, Anwaltsvereinigungen und anderen versprachen, die Erklärung möglichst schnell ihren beschlußfassenden Gremien vorzulegen. **Wir möchten auch alle RM-Leser bitten, die in Organisationen und Initiativen arbeiten, welche sich mit der Problematik der hier lebenden Ausländer befassen, die Erklärung zu verbreiten und sie zu unterstützen.**

Erklärung

1. Einmütig wenden sich die Unterzeichner/innen gegen die drohende Auslieferung von Cemal Kemal Altun.
2. Eine Auslieferung gegen den Willen der Betroffenen an die Türkei darf generell nicht vollzogen werden, bis in diesem Land rechtsstaatliche Verhältnisse wiederhergestellt sind.
3. Einmütigkeit bestand auch darüber, daß das Asylverfahrensgesetz so geändert werden soll, daß diejenigen nicht ausgeliefert werden dürfen, denen Asyl gewährt worden ist oder für die ein Asylverfahren noch anhängig ist.
4. Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich nach Art. 24 der Menschenrechtskonvention einer Staatenklage gegen die Türkei anzuschließen.



Genossen der Kommunistischen Jugend Deutschlands auf einer Demonstration in Dortmund

Umfrage sollte geheim bleiben:

Große Mehrheit gegen Raketenstationierung

Nach einer Umfrage der Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen (Wildermann-Institut) sind 75,5 Prozent der Bundesbürger gegen die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles auch im Falle eines Scheiterns der Genfer Verhandlungen.

Die Befragten äußerten sich zu drei vorgegebenen Antworten auf die Frage, was bei einem Scheitern der Verhandlungen in Genf zu tun sei:

- Weiter über Abrüstung verhandeln und keine neuen Raketen in der Bundesrepublik aufstellen,
- weiter verhandeln, aber gleichzeitig mit der Stationierung beginnen,
- Verhandlungen abbrechen und die neuen Raketen stationieren.

75,5 Prozent entschieden sich dabei für die erstgenannte Möglichkeit (selbst aus der Gruppe der Unionswähler taten das 61,8 Prozent), 20,4 Prozent für die zweite und 3,2 Prozent für die dritte. Eine weitere Frage berührte das Thema Volksbefragung, war allerdings — wohl mit Absicht — allgemein gehalten: Ob man dafür sei, daß „die wichtigsten politischen Entscheidungen" über Volksabstimmungen oder wie bisher ausschließlich durch gewählte Politiker getroffen werden sollten. 58,3 Prozent der Befragten entschieden sich für Volksabstimmungen.

Bei aller Vorsicht, die gegenüber Meinungsumfragen geboten ist, ist dies eine deutliche Schlappe für die Regierung; es gibt tatsächlich Einblick in die Stimmungslage der Bevölkerung und straft alle die Lügen, die aus dem Wahlsieg der Unionsparteien automatisch die Legitimation zur Eskalation der Atomrüstung ableiten zu dürfen vorgeben.

Zusätzlich interessant wird die Umfrage durch den Umstand, daß sie — wie erst kürzlich bekannt wurde — im Auftrag des ZDF durchgeführt wurde. Der Sprecher der Aktion Sühnezeichen Zumach erklärte im Rahmen einer Pressekonferenz, der Abteilungsleiter Politik beim ZDF, Horst Schättle, habe nach eigener Aussage auf die Veröffentlichung der Studie verzichtet, da ihre Aktualität angeblich durch Berichte über den sogenannten Genfer „Waldspaziergang" in den Hintergrund getreten sei. Schättle soll aber gegenüber einem dpa-Vertreter die Veröffentlichung der Zahlen ausdrücklich untersagt haben ...

Sie passen nicht ins politische Spiel der Reaktion. Die Bundesregierung zeigt sich denn auch nicht gewillt, sie offiziell zur Kenntnis zu nehmen und darauf einzugehen. Jedenfalls nicht im Sinne der hier zum Ausdruck gebrachten Meinungsmehrheit. Ihre Absicht ist vielmehr, in Massenauflage sogenanntes Aufklärungsmaterial über die angebliche Notwendigkeit der „Nachrüstung" auf den Markt zu werfen. Das damit beabsichtigte Ziel, die Bevölkerung für dumm zu verkaufen, unsicher zu machen und die Friedensbewegung als ganzes sowie alle linken Kräfte im besonderen zu diffamieren, hat sich auch die CDU als Partei gesetzt, die jetzt mit „Hunderttausend Friedensaktionen" überall im Bundesgebiet für ihre Rüstungspolitik werben will.

Es ist auch kaum zu erwarten, daß die Bundesregierung der Forderung nach Volksbefragung über die Raketenstationierung nach Bekanntwerden dieses Umfrageergebnisses positiver gegenübersteht. Um so wichtiger, daß wir uns dafür einsetzen.



Alle reden vom Frieden. Auch die CDU, die jetzt versucht, angesichts des breiten Unmuts der Bevölkerung über ihre Stationierungswütigkeit mit eigenen „Friedens"-Veranstaltungen und Aktionen Pluspunkte zu sammeln. Heiner Geißler, für den der Pazifismus verantwortlich für Auschwitz ist, stellte das Motiv für diese verlogene Aktion vor: Eine weiße Taube auf schwarz-rot-goldenem Grund. Der Inhalt der Kampagne: Werben für die „Nachrüstung", Diffamierung der Friedensbewegung, Lobgesang auf das NATO-Kriegsbündnis.

Korrespondenz aus Bremen:

Die Werftenkrise vor 50 Jahren

Über den Klassenkampf auf den norddeutschen Werften vor dem Machtantritt des Nazi-Faschismus

An der Bremer Universität wurde in diesem Sommer eine Studie über die Schiffbaukrise am Ende der Weimarer Republik erstellt. Sie behandelt die Interessen und Ziele des Werftkapitals ebenso wie den Kampf der Arbeiter dagegen.

Kapazitätsabbau, Stillegung von Werften war auch damals die Antwort der Unternehmer auf den Zusammenbruch der Nachfrage. Zu diesem Zweck begann der Bremer Bankier Schröder, Mehrheitsaktionär der AG-Weser-Werft in dieser Stadt, 1926 mit dem Aufbau eines riesigen Werftentrusts. 1928 umfaßte der Trust unter dem Namen Deschimag (Deutsche Schiffs- und Maschinenbau AG) außer der AG Weser sieben Werften in Stettin, Bremerhaven, Hamburg, Einswarden und Rostock mit insgesamt knapp 16000 Beschäftigten. Noch im gleichen Jahr begann die Schließung und zum Teil das Abwracken aller Betriebe des Trusts bis auf die AG Weser und die Seebeckwerft in Bremerhaven, die heute noch existieren.

Das „Blaue Band" in der Stempelkarte

1929 lief auf der AG Weser der Lloyd-Luxusdampfer „Bremen" vom Stapel und gewann kurz darauf das „Blaue Band" für die schnellste Atlantik-Überquerung. Dieses Ereignisses gedenkt man heute noch in Bremen auf rührselige Weise. Im Herbst des gleichen Jahres entließ die AG Weser 6000 Kollegen. 1931 waren noch 390 Kollegen dort beschäftigt. Das Kahlschlagkonzept Schröders, das über 15000 Arbeitsplätze allein auf den Werften (also ohne Zulieferer) gekostet hatte, war gescheitert. Die marode Deschimag ging in den Besitz des Bremer Senats, Preußens und des Reichs über. 1931 gab es in Bremen 129000 Arbeitslose. (Heute ca. 35000)

Die Werften nutzten die Lage, um Druck auf Lohn und Arbeitsleistung auszuüben: Akkordkürzungen bis zu 15 Prozent, eigenmächtige Senkung der Tarife usw. Durch Spruch der **staatlichen Schiedsstelle** sanken die Tariflöhne um 10 Prozent. Insgesamt gingen die Löhne auf den Bremer Werften um **nominal** 15 Prozent zurück.

1930 verspricht die Deschimag Arbeit für 8900 Arbeiter, wenn die Reichsregierung einen Zuschuß von 8,8 Millionen Reichsmark **aus der Arbeitslosenkasse** gewährt. Als 1931 die Zusage der Reichsregierung kommt, haben die Reeder kein Interesse mehr an den Aussicht gestellten Aufträgen.

Wieder grau auf den Helgen

Zugleich liebäugeln die Werftunternehmen verstärkt mit ihrem alten Markt, der Rüstung. Der Versailler Vertrag von 1919 verbot Rüstungsbau auf privaten deutschen Werften. Geheim unterhielten drei traditionelle Kriegswerften, darunter die AG Weser, ein gemeinsames U-Boot-Konstruktionsbüro in Holland, wo Aufträge für mehrere europäische Staaten ausgeführt wurden. Die genannte Untersuchung schreiben über die weiteren Bemühungen der Unternehmer: „Die beschleunigte Aufrüstung Deutschlands war ein wesentlicher Bestandteil der gemeinsamen Interessensbasis zwischen Werftindustriellen, Großreedern und der NSDAP-Führung, die sich schon vor 1933 abzeichnete. So nahm Rudolf Blohm im Oktober 1931 am Gründungstreffen der ‚Harzburger Front' teil, einer Sammlungsbewegung der antirepublikanischen Rechten unter Einschluß der NSDAP gegen die Brüning-Regierung. Ein Jahr später befürwortete der Hapag-Aufsichtsratsvorsitzende Hilfferich zusammen mit anderen Hamburger Reedern eine Kanzlerschaft Hitlers. Blohm, kurze Zeit nach der faschistischen Machtübernahme zum Hamburger Staatsrat ernannt und Deschimag-Direktor Stapelfeld erreichten 1934/35 die Vergabe umfassender Rüstungsaufträge an Blohm und Voss und die AG Weser."

War die Produktion 1934 auf der AG Weser noch rein zivil, so stieg der Rüstungsanteil schrittweise bis auf 82 Prozent 1939 und auf 100 Prozent im Jahr 1940.

AG Weser und Blohm und Voss waren auch die Träger der neu gegründeten Hamburger- bzw. Weser-Flugzeugbau GmbH, die eine entscheidende Produktionsstätte für die NS-Luftwaffe wurde.

1937 wurde die AG Weser (geheimer) Generalunternehmer für den Aufbau der rumänischen U-Boot-Waffe. 1939 arbeiteten auf der Werft 1265 Leute. Sieben Jahre zuvor hatten die staatlichen Eigner die Finanzen der Deschimag durch eine Kapitalherabsetzung saniert. Jetzt flossen die Gewinne so reichlich, daß die Gesellschaft in private Hände übergeben ging. Neben Bremer Kaufleuten zählten Krupp und Otto Wolff zu den neuen Besitzern.

Besonders profitabel war die Ausbeutung von Zwangsarbeitern, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen, die im Krieg den überwiegenden Teil der Belegschaft ausmachten. Die KZ-Häftlinge wurden im Deschimag-KZ „Schützenhof" mitten in dem Bremer Stadtteil Gröpelingen gehalten und täglich durch die Straßen zur Arbeit getrieben.



Die revolutionäre Tradition der Werften

Die Werftbelegschaften gehörten zu den kämpferischsten und am meisten revolutionär gesinnten des Reichs. Die Studie geht auf mehrere Arbeitskämpfe vor dem Ersten Weltkrieg ein und zeigt, wie die Werftarbeiter in Opposition zur Spitze des DMV (Deutscher Metallarbeiterverband, Vorgänger der IGM) und der SPD gerieten, deren sozialpartnerschaftlicher Kurs damals schon deutlich Gestalt angenommen hatte. Hier soll nur der 1913er Streik von 35000 Werftarbeitern in mehreren Städten erwähnt werden, dem der DMV-Kongreß die Unterstützung entzog. In Bremen führten die Kollegen den Streik weiter, unterstützt von der örtlichen SPD. Diese Verbindung — heute schwer vorstellbar — führte zur Herausbildung eines starken revolutionären Flügels auf den Werften, aber auch in der SPD (Bremer Linksradikale). Das trat in der Gründung der Bremer Räterepublik 1919 zu Tage, als ein Arbeiterrat die Macht in Bremen übernahm, ganz überwiegend mit Arbeitern der AGW besetzt. Auch in den Abwehrkämpfen nach 1920, als das Kapital die Erfolge der Novemberrevolution (z.B. 8-Stunden-Tag) wieder ausradieren wollte, waren die Werften wichtige Widerstandszentren. Die 2000 heute noch auf der AG Weser verbliebenen Kollegen schreiten also — oft ohne es zu wissen — auf historischem Boden.

Die reformistische Politik in der Krise

Die SPD und der DMV reagierten auf die Massenentlassungen ab 1928 mit der damals schon üblichen Toleranz. Die Fusions- und Abwrackpolitik des Bankiers Schröder mit der Deschimag würdigte die SPD in der Bremer Bürgerschaft mit folgenden Worten: „So kritisch wir an sich der Deschimag und der Schröder-Bank gegenüber stehen, muß doch gesagt werden, daß die Konzentrierung der Werften vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen, kein schlechtes Werk war".

SPD- und DMV-Führung gingen davon aus, daß eine bessere Lage der Arbeiter nur von einer Genesung des Kapitalismus zu erwarten sei. Sie bekannten sich dazu, Arzt am Krankenbett des Kapitalismus zu sein, aber „nicht nur Arzt, sondern auch Erbe", wie es auf dem 1931er Parteitag der SPD formuliert wurde.

Das verstand die SPD so: Sie als Regierungspartei (und damit die Arbeiterschaft) solle über staatliche Eingriffe Einfluß auf die Privatwirtschaft nehmen und diesen Einfluß zum Hinüberwachsen in den Sozialismus nutzen. 1932 wurde das „Umbauprogramm der Wirtschaftsverfassung" vorgelegt, welches die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien und Banken vorsah. Es führte zu nicht viel mehr als dem Ausstieg des jahrelangen Koalitionspartners der SPD in Hamburg und Bremen, der Deutschen Volkspartei aus dem Senat und ihrer Annäherung an die reaktionären Parteien.

Diese reformistische Politik erzeugte zwar erhebliche Opposition, besonders in der SPD-Jugend, aber kein Anwachsen des kommunistischen Einflusses auf den Werften. Im Gegenteil: die seit der Novemberrevolution sehr starke Stellung der Partei ging durch die Entlassung vieler Genossen und sicher auch durch politische Fehler verloren.

Die Geschäftsberichte des DMV weisen für die Betriebsratswahlen bei der AG Weser folgende Stimmenverhältnisse aus:

1924 DMV: 1212, Opposition: 1751. 1929 gab es keine oppositionelle Liste, von 23 Betriebsräten waren 21 in der SPD, 2 in der KPD. 1930 DMV: 1583, RGO: 829. 1931 DMV: 1122, RGO: 152

Bei Blohm und Voss gingen die oppositionellen Stimmen auch zurück, aber die RGO erhielt bei den 1930er Wahlen noch eine deutliche Mehrheit. Über andere Werften enthält die Untersuchung keine konkreten Angaben. Jedenfalls kam auch die Werftarbeiter nicht zu wirkungsvollen Aktionseinheiten gegen Krise und Faschismus.

Ihr Widerstandswille war damit aber nicht gebrochen. Nach der Verhaftung von 108 Werftarbeitern erklärte ein prominenter Nazi in Bremen: „Wollte man diese Widerstandsarbeit aufrollen, müßte man das ganze AG-Weser-Gelände zum Konzentrationslager erklären!"

Frauen gegen Sozialabbau

Kommt zur Frauendemonstration! 18. September in Bonn

Aus „Roter Lautsprecher", Betriebszeitung der KPD bei Siemens/Witten

Die Mobilisierung für die Frauendemonstration des DGB am 18. September in Bonn läuft offensichtlich sehr unterschiedlich, je nach Ortsverwaltung. Klar, daß sich dabei die Kommunisten hervortun. An solchen Betrieben, wo viele Frauen arbeiten werden Aufrufe verbreitet usw. Siemens/Witten, ein ausgesprochener Frauenbetrieb: Dort mußten die Genossinnen der KPD einfach Stellung nehmen. Sie taten das unter anderem mit einem eigenen Artikel in der Betriebszeitung, den wir im folgenden wiedergeben.

Der DGB hat alle berufstätigen Frauen dazu aufgerufen, am 18. September in Bonn gegen die frauen- und familienfeindliche Politik der Bundesregierung zu protestieren.

Von der CDU-Regierung werden eine ganze Reihe Maßnahmen geplant, die sich gezielt gegen uns Frauen richten. So sollen mehrere Arbeitsschutzvorschriften verschlechtert werden oder ganz wegfallen. Frauen sollen nicht mehr mit 60 in Rente gehen können. Der § 218 (Schwangerschaftsabbruch) soll wieder verschärft werden. Mutterschaftsurlaub und Mutterschaftsurlaubsgeld sollen gekürzt werden. Gerade am letzten Punkt kann man sehen, was das ganze Gerede der CDU über „neue Mütterlichkeit" und „Familie im Mittelpunkt" wert ist.

Bis jetzt gibt es eine Schutzfrist von 8 Wochen nach der Geburt und dann 4 Monate Mutterschaftsurlaub. Während der Schutzfrist bekommt man den vollen Lohn und in den vier Monaten bekommt man pro Tag 25DM von der Krankenkasse. Das sind im Monat 750DM bzw. 775DM. Schon jetzt ist das bitter wenig — ein Kind kostet ja auch eine Menge — und viele kommen nur mit Hilfe von Eltern und Verwandten über diese Durststrecke hinweg.

Jetzt soll der Mutterschaftsurlaub von vier auf drei Monate gekürzt werden, und wir sollen nicht mehr 25DM, sondern nur noch 20DM täglich bekommen. Das wären im Monat 600DM bzw. 620DM. Beide Maßnahmen zusammen würden bedeuten, daß 40 Prozent des bisherigen Mutterschaftsgeldes gestrichen wird.

Dazu kommt noch, daß der Mutterschaftsurlaub nicht mehr als Beitragszeit für die Rente angerechnet werden soll.

Für die CDU steht das offenbar nicht im Widerspruch zu ihrem Hochgesang auf die Familie. Wahrscheinlich sind Mütter, die arbeiten gehen, für die CDU eben keine „richtigen" Mütter. „Richtige" Mütter heiraten einen Generaldirektor und bleiben zu Hause. Dann sind unsere Babys wahrscheinlich auch keine „richtigen" Babys, denn „richtige" Babys — das verkündet die CDU ja nach wie vor — brauchen die Mutter.

Kolleginnen, fahrt am 18.9. mit nach Bonn. Das sind wir nicht nur unseren Kindern, sondern auch uns selbst schuldig. Wenn wir Frauen diese Politik widerspruchslos hinnehmen, werden wir bald weniger Rechte haben als vor zehn Jahren.

Es wird Zeit, daß wir die Regierung daran erinnern, wer das Geld ranschafft, das sie uns jetzt wegnehmen und den Unternehmern in den Rachen stopfen wollen. Schließlich haben wir Frauen 1981 allein an Lohnsteuern 25 Milliarden gezahlt! Wir gehen nicht nach Bonn, um beim Staat zu betteln, sondern um unser Recht zu fordern.

Kommt mit zur Frauendemonstration der Gewerkschaften gegen den sozialen Kahlschlag. Anmeldungen für den Bus bei den Vertrauensleuten oder beim Betriebsrat.



Protest gegen die frauen- und familienfeindliche Politik der Bundesregierung

Tödliche Profitjagd

AKW-Arbeiter radioaktiv verseucht

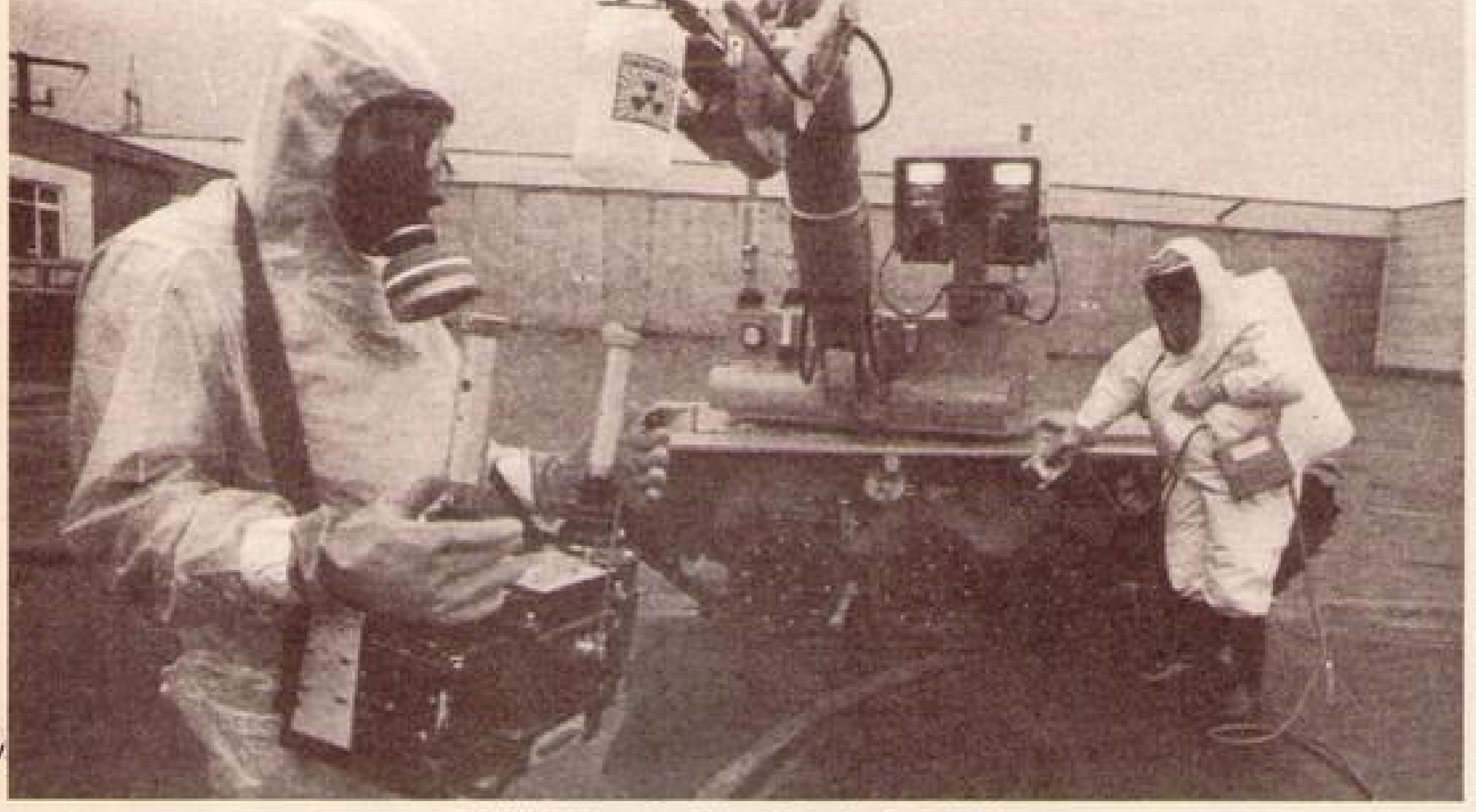
Der Trick mit den „zulässigen Grenzwerten"

Wenn es heutzutage in der öffentlichen Diskussion um Atomkraftwerke geht, so stehen meistens Punkte wie die Energiepolitik, der Umweltschutz oder mögliche Katastrophen im Vordergrund. Daß heutzutage schon Jahr für Jahr weit über 10000 Arbeiter radioaktiv verseucht werden, darüber verliert kaum jemand ein Wort.

In ihrer jüngsten Jahresübersicht für 1982 berichtet die Zeitung der AKW-Lobby „Atomwirtschaft" (Augustausgabe) über die Arbeiten der AKWs im letzten Jahr. Dabei wird die — bemüht sich, die absolute Ungefährlichkeit des Ganzen herauszustellen. Es seien ja „nur" Belastungen zwischen 0,22 und 0,72 rem bei den Arbeitern festgestellt worden. Der erlaubte im Nachhinein als keine erwiesen.

Im Gegenteil. Es gibt aus anderen strahlengefährdeten Bereichen ganz andere Vorschriften, was beispielsweise die Belastung einzelner Körperorgane wie der besonders anfälligen Schilddrüse betrifft.

Außerdem gibt es, vor allem in den USA, eine ganze Reihe von Langzeituntersuchungen,



Alltägliche Gefahr: Arbeit im AKW

international überdurchschnittlich gute — Verfügungszeit von 71 Prozent (für die 11 AKWs mit mehr als 300 MW Leistung) besonders gelobt. Für die Betreiber in der Tat eine Tatsache, die sich ausgezahlt haben dürfte.

Weniger aber für die Arbeiter. Allein bei den drei AKWs Würgassen, Isar I und Brunsbüttel wurden über 10000 Arbeiter in der radioaktiven Zone beschäftigt. Insgesamt waren es im letzten Jahr 18000 Arbeiter, die Strahlung ausgesetzt wurden.

Natürlich: Die AKW-Lobby Grenzwert aber beträgt 5 rem pro Jahr oder 3 rem in einem Viertel Jahr, also ein Vielfaches davon. Das wirkt beruhigend und soll es auch.

Denn zum einen wird einfach so getan als habe man alles im Griff und sei nicht jede auch noch so kleine radioaktive Belastung eine Gefährdung der Gesundheit. Zum zweiten wird so getan, als wäre der offiziell zulässige Wert von 5 rem im Jahr Strahlenbelastung sozusagen „gottgegeben" sicher. Als wäre nicht bekannt, daß es in der Vergangenheit oft genug Sicherheitsvorschriften gab, die sich die zeigen, wie überdimensional groß die Zahl von Krebserkrankungen (beispielsweise bei Uranarbeitern) ist, die niemals einer Dosis ausgesetzt waren, die über dem zulässigen Grenzwert gelegen hätte.

Für die Gewerkschaft IGBE wäre es höchste Zeit, sich auch von diesem Gesichtspunkt aus endlich von der stetigen Unterstützung der kapitalistischen Energiepolitik loszulösen. Nicht nur wegen der Arbeitsplätze auf den Zechen. Auch wegen der Gesundheit der Kraftwerksarbeiter.



Die Kohlehalden wachsen wie in den 60ern — AKW-Mafia verfolgt Stillegungspolitik

Sollen so Stillegungspläne verwirklicht werden?

Mannesmann verkauft Ruhrkohleanteile an die VEBA

In der letzten Woche wurde bekannt, daß sich die Mannesmann AG von ihren 7,4 Prozent Aktienanteilen an der Ruhrkohle AG getrennt hat. Käufer ist die VEBA, die damit ihren bisherigen Anteil auf über 30 Prozent steigert. Weitere Verkäufe von RAG-Anteilen der Stahlkonzerne an die VEBA stehen gerüchteweise an.

Schon jetzt, nach diesem Verkauf, hat die VEBA ebensoviele Anteile wie die Stahlkonzerne. Was diesen Vorgang interessant macht, ist die aktuelle Lage der Kohleförderung, wo die Halden wachsen, Stillegungen drohen, um langfristige Kurzarbeit verhandelt wird.

Neben der Absatzkrise an die Stahlunternehmen ist hauptsächlich die zunehmende Verwendung von Atomkraft als Stromerzeugung Ursache für die gegenwärtige Kohlekrise. Der Kohleanteil bei der Stromerzeugung ist ständig rückläufig.

Und hier fängt es an, besonders interessant zu werden: Die VEBA gehört, vor allem über die Preußenelektra, zu den größten Stromerzeugern der Bundesrepublik. Und sie hat von allen diesen Stromerzeugern einen der höchsten Atomkraftanteile.

Mit anderen Worten: Der Aufkauf von RAG-Anteilen durch die VEBA heißt, daß eines der wichtigsten Mitglieder der AKW-Mafia seinen Zugriff auf die Kohle weiter verstärkt.

Und das wiederum bedeutet, daß die Gefahr von neuen Zechenschließungen, daß die Möglichkeit einer öffentlichen grundlegenden Umformulierung der Energiepolitik gegen die Kohlenutzung entscheidend anwächst. Wenn auch vielleicht nicht von heute auf morgen, so doch auf absehbare Zeit ist zu erwarten, daß es aus dieser Konstellation heraus zu neuen Angriffen auf die Arbeitsplätze im Steinkohlebergbau kommt.



Schon 1978 mobilisierte der Stahlarbeiterstreik für die 35-Stunden-Woche große Teile der gesamten Gewerkschaftsbewegung

Vor der neuen Eurofer-Sitzung

Stahlindustrielle schmieden weiter Abbaupläne

In einem Gespräch mit dem „Handelsblatt" offenbarte der Klöckner-Chef Gienow, daß an der Umorganisierung der Stahlkonzerne weiter gearbeitet werde. Offensichtlich gehen die Bestrebungen, neben der Thyssen-Gruppe zu einem Zusammenschluß zu kommen, weiter.

Trotz aller betrieblichen Maßnahmen, die voll im Bereich der Planungen des vorübergehend aus der Diskussion genommenen Moderatoren-Papiers liegen, meinte Gienow, wenigstens für seinen Konzern, ginge es auf Dauer nicht ohne solche Zusammenschlüsse. Damit meinte er die sogenannte Ruhrgruppe aus Klöckner, Hoesch und Peine-Salzgitter.

Welche Rolle auch immer Gienow und Klöckner bei den kommenden Auseinandersetzungen spielen werden, ob sie tatsächlich, wofür es in der Vergangenheit manches Anzeichen gab, von Thyssen an die Wand gedrückt werden sollen: Tatsache ist, daß durch diese Aussagen deutlich wird, daß alle Stahlkapitalisten eifrig Pläne schmieden, wobei die Belegschaften natürlich nur als „Kostenfaktor", den es zu verringern gilt, auftauchen.

Das macht nochmals deutlich, daß die Losung „Erhalt aller Stahlstandorte" wie sie von der IG Metall für die Demonstration am 29. September in Bonn ausgegeben wurde, der Konkretisierung bedarf, der inhaltlichen Füllung, weil sich so alle dahinterstellen können: Die Arbeiter und diejenigen, die ihre Arbeitsplätze vernichten wollen.

Und dies macht auch nochmals deutlich, daß die Forderung nach der Verstaatlichung der gesamten Stahlindustrie einfach deshalb so dringend ist, weil hiermit wirklich eine gemeinsame Kampffront gegen diese verschiedenen Kapitalgruppen aufgebaut werden kann, die die unterschiedlichsten Manöver durchkreuzt und eine politisch erkämpfte Lösung gegen das Kapitalinteresse darstellen würde.

„Lehrstellenlotto"

In Dortmund bleiben 1000 „übrig" ...

Viel Hin und Her gibt es in der nun seit langen Jahren üblichen Debatte um mangelnde Lehrstellen im Herbst. Und während der Kanzler munter weiter leere Versprechungen macht, schält sich allmählich ein Bild heraus, das zeigt, daß die Lage nicht etwa besser, sondern weiter schlechter geworden ist.

So zum Beispiel in Dortmund. Nach vielem Hin und Her, Aufrufen und Kampagnen in der Presse, Absichtserklärungen der Industrie- und Handelskammer und zahlreichen Showeffekten wird deutlich: Erneut blieben 1000 Jugendliche ohne Lehrstelle. Wobei man auch hier wieder einmal sagen muß, daß dies eben nur die Zahl des Arbeitsamtes ist, die so manches Schicksal vertuscht und zwischen die Rubriken fallen läßt.

Jetzt, so Arbeitsamtschef Kulozik, käme es eben darauf an, diese Jugendlichen irgendwie von der Straße weg zu bekommen, Angebote an Kurzlehrgängen usw. usf. zu machen.

Auch in Dortmund denkt man in SPD-Kreisen offensichtlich nicht daran, die Frage der Ausbildungsabgabe aufs politische Tapet zu bringen. Stattdessen arbeitet man lieber zu großen Ereignissen gemeinsam daran, zu beschwichtigen. Auch hier gab es verschiedene Fälle von ausgesprochen leeren Lehrstellenversprechungen — die Arbeitsloseninitiative Dortmund führte vor den Toren eines dieser Betriebe einen zweitägigen Protesthungerstreik durch, um öffentlich auf die Lüge der Kapitalisten aufmerksam zu machen.

Nun also müssen größere öffentliche Gelder und solche aus der Arbeitslosenversicherung „lockergemacht" werden, um die Jugendlichen „von der Straße wegzuholen". Auf der sie natürlich sitzenbleiben. Dieselben Gelder könnten durchaus dazu dienen, die staatliche Ausbildung mitzufinanzieren. Aber das wollen natürlich die Kapitalisten nicht und deswegen geschieht es auch nicht.

Wissenschaftliche Konferenz zur 35-Stunden-Woche

Bei Marx war's Mayr zuviel

Loderer kündet Streikbereitschaft an

Die wissenschaftliche Konferenz der IG Metall zur 35-Stunden-Woche war ohne Zweifel ein positives Unterfangen. Lag es doch in der Absicht der Organisatoren zum einen zusätzliche Argumente für diese Art der Arbeitszeitverkürzung zu gewinnen und zum anderen natürlich auch die Unterstützung über die Gewerkschaft hinaus zu mobilisieren.

So wurde denn ungefähr alles, was an bundesdeutschen Universitäten links ist und prominent, geholt, und sie kamen auch. Und nicht nur zum repräsentieren, sondern mit Argumenten, mit geleisteter Arbeit.

Ohne Zweifel ist es höchste Zeit, der schon lange laufenden Kampagne gegen die gewerkschaftliche Forderung endlich etwas entgegenzusetzen, was über Sonderausgaben des „Gewerkschafter" usw. hinausgeht.

Zur selben Zeit bekundete auch IGM-Vorsitzender Eugen Loderer die Bereitschaft seines Vorstandes, für die Erfüllung dieser Forderung den Streik zu organisieren. Eine Aussage, die man wirklich nicht vergessen sollte, wenn die akute Lage heranrückt.

Das sind Maßnahmen und Stellungnahmen, die der Aufklärung und Vorbereitung des Kampfes dienen. Aber es zeigt sich auf der anderen Seite immer wieder, daß der IGM-Vorstand keinesfalls so wild entschlossen ist, diese Forderung durchzusetzen. Das war schon an den Materialien zur Kampagne, wie am zentralen Plakat deutlich geworden, wo die Forderung nach vollem Lohnausgleich fehlt, die ja auch in der gängigen Vorstandsargumentation so formuliert wird, daß „Kompromißlinien" vorgezeichnet sind.

Dies zeigte sich auch auf der Konferenz selbst. Als nämlich Karl Marx zur Sprache kam, zitiert von Oskar Negt, da war es für Hans Mayr, Loderers Stellvertreter und Tarif„experte" schon zuviel. Mit solchen „linksradikalen" Thesen wolle er keine Kampagne geführt sehen, mußte er loswerden. Wobei es ja ohne Zweifel so ist, daß gerade Karl Marx Argumente genügend für die Verkürzung des Arbeitstags bringen...

Ende November wird der nächste Kongreß der Volksfront stattfinden. Der Kongreß wird über die bisherige Arbeit der Volksfront diskutieren und die Aufgaben für die nächste Zeit erörtern und festlegen. Die vorbereitende Diskussion in der Volksfront hat bereits begonnen.

Der geschäftsführende Ausschuß des BWK und das Sekretariat der KPD haben sich bei einem Treffen darüber verständigt, daß es nützlich wäre, wenn die politischen Organisationen, die die Volksfront unterstützen, im Vorfeld des Kongresses ihre Ansicht zu diesem Thema öffentlich darlegen und diskutieren. Diese Diskussion soll im „Roten Morgen" stattfinden. Sie wird in dieser Ausgabe mit dem ersten Teil des Beitrags von Genossen der KPD fortgesetzt. Es folgt noch ein Beitrag von Genossen der FAU aus Hamburg. Eine Beteiligung anderer politischer Organisationen an dieser Debatte würden wir begrüßen.

Zur Vorbereitung des Volksfrontkongresses im Herbst 83

Tut „Volksfront" noch not?

Wie kam's zur Volksfront?

Bekanntlich hat unsere Partei initiativ und aktiv den Aufbau und die Arbeit der „Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg" auf den Weg gebracht. Viele ihrer Mitglieder arbeiten in der Volksfront mit. Als sich gegen Ende der 70er Jahre die Anzeichen für eine ernste und tiefere Wirtschaftskrise mit all ihren Folgen, so auch einer weitergehenden Formierung der Reaktion in diesem Lande, mehrten und mit einer härteren Gangart der herrschenden Kapitalistenklasse in der Innen- und Außenpolitik zur Sicherung ihrer Profit- und Machtinteressen, zu rechnen war, schenkte unsere Partei dem demokratisch-antifaschistischen und antimilitaristischen Kampf stärkere Aufmerksamkeit.

Erste Ansätze waren: Die Initiative gegen das 14. Strafrechtsänderungsgesetz, die berüchtigten Zensur- und Gewaltparagraphen 88a und 90a; das Bemühen, den 30. Januar als Kampftag gegen Reaktion und Faschismus neu zu beleben und nicht nur als Protest gegen alte und neue Nazis zu begehen; der Versuch, örtliche Frontgruppen gegen Reaktion und Faschismus aufzubauen. Unsere Partei legte ein demokratisches Friedensprogramm vor.

Es gab einige Erfolge der Zusammenarbeit mit Menschen außerhalb unserer Reihen, mit sich in antifaschistischen und ähnlichen Initiativen gegen Unterdrückungsmaßnahmen der Herrschenden engagierenden Menschen, auch mit einigen bekannten Persönlichkeiten und Künstlern, so anläßlich des 30. Januar 1979 mit einem gemeinsamen Aufruf an die demokratische Öffentlichkeit und später bei der Durchführung eines Kongresses gegen Reaktion und Faschismus im Januar 1980.

Dabei war es unserer Meinung nach für die richtige Orientierung des antifaschistisch-demokratischen Kampfes wichtig, daß die verschiedenen reaktionären Vorstöße und Maßnahmen politischer Unterdrückung, wie wir sie in der Bundesrepublik und Westberlin erlebten —

- die Verabschiedung der Notstands- und anderer Gesetze, mit denen die Möglichkeit für die „legale" Errichtung einer Diktatur geschaffen war;
- die Aufrüstung der Polizei zur Bürgerkriegstruppe im Zuge der Terroristenhatz, den Aufbau von Polizeisondernkommandos und die Legalisierung des Todesschusses;
- die Perfektionierung des Überwachungssystems;
- die durch den Radikalenerlaß 1972 in Gang gesetzte Berufsverbotspraxis, Gesinnungsschnüffelei und -justiz, Zensur, politischer Druck in Betrieben;
- die Angriffe auf das Streikrecht durch die Massenaussperrungen der Unternehmer, Hetze auf die Gewerkschaften und erstmalige Verbote von Gewerkschaftsdemonstrationen gegen Faschisten;
- die Untätigkeit gegen wachsende, zunehmend auch terroristische Umtriebe alter und neuer Nazis;
- die ausländerfeindliche Politik und Hetze —,

daß dies alles nicht einzelne undemokratische Entgleisungen einer ansonsten intakten Demokratie, sondern Stationen eines Prozesses der Faschisierung sind, mit dem die Herrschenden sich für Situationen rüsten, in denen sie ihre Profite und Macht, insbesondere durch den Kampf der Arbeiterklasse, gefährdet sehen.

Ein Markstein in diesem Prozeß war der Machtanspruch des Erzreaktionärs Franz Josef Strauß auf das höchste Regierungsamt in Bonn. Für viele Menschen, besonders die Arbeiter und werktätigen Volksschichten, für alle aufrechten Demokraten, stellte dies eine Kampfansage und Herausforderung dar, und hat die Gefahr des Faschismus wieder mehr ins Bewußtsein gerückt, der man begegnen mußte. Für uns galt es in der Entfaltung des antifaschistischen Kampfes unser Tempo zu beschleunigen und den Zusammenschluß von Kräften, die diesen Einschätzungen in der Tendenz zustimmten und schon für einen konsequenten Kampf gegen den Vormarsch der Reaktion, wachsende faschistische - und Kriegsgefahr eintraten, in einer antifaschistischen Organisation zu forcieren.

Im Oktober 1979 wurde die Volksfront gegründet, in deren Grundsätzen es heißt:

„Nie wieder Faschismus!
Nie wieder Krieg!

Das ist das höchste Ziel der *Volksfront*. Diesem Ziel dienen alle ihre Aktivitäten. Um dieses Ziel zu erreichen, will die *Volksfront* die Einheit aller antifaschistisch und demokratisch gesinnten Menschen über die Grenzen von Weltanschauung, Religion und Parteizugehörigkeit hinweg, im Kampf gegen eine neue faschistische Diktatur, im Kampf gegen den Ausbruch eines neuen völkermordenden Krieges herstellen.

Wehret den Anfängen!

Der Faschismus kommt nicht über Nacht. So wie die Machtergreifung Hitlers über Jahre hinweg vorbereitet wurde, wird auch für die Errichtung einer neuen faschistischen Diktatur durch die fortschreitende Faschisierung von Staat und Gesellschaft der Boden bereitet. Das deutsche Volk weiß aus den bitteren Erfahrungen der Geschichte, daß es im Kampf gegen Faschismus und Krieg nie zu früh, wohl aber leicht zu spät sein kann. Es gilt, den Anfängen zu wehren! Deshalb ist die *Volksfront* der Ansicht, daß es darauf ankommt, bereits jetzt, im Kampf gegen jeglichen Abbau demokratischer Rechte des Volkes, gegen alle faschistischen Erscheinungen und Provokationen, gegen jegliche militaristischen Anktivitäten eine starke Front des Volkes zu schmieden: gegen Reaktion, Faschismus und Krieg; für Freiheit, Demokratie und Frieden!"

Wir meinen, heute wie damals, daß unter den gegebenen Umständen — auf die wir gleich noch etwas eingehen — dieser Schritt des Zusammenschlusses von zunächst einigen hundert bis 1000 Menschen in der Volksfront richtig und ein nützlicher Beitrag zur Stärkung des antifaschistisch-demokratischen und Friedenskampfes, damals konkret der Stoppt-Strauß-Bewegung, war und ist. Mit diesem Schritt war erst die Chance gegeben, den unserer Meinung nach richtigen politischen Auffassungen in der demokratischen Bewegung größeres politisches Gewicht zu verschaffen, dort stärker orientierend, mobilisierend und organisierend tätig werden zu können.

Angesichts der mit dem Bonner Wendemanöver fortgeschrittenen Formierung der Reaktion ist die Volksfront vor neue Anforderungen gestellt, muß sie eine genauere Einschätzung über die weitere politische Entwicklung, möglichst konkretere Vorstellungen über die Gefahren und Wege hin zu einem möglichen Faschismus gewinnen, um zu wissen, was, an welchen Schwerpunkten und gegen welche Kräfte im Kampf gegen Reaktion, Faschismus und Krieg vordringlich zu tun ist. Unsere Partei wird sich dafür einsetzen, daß die Volksfront ihre politische und organisatorische Schlagkraft erhöhen und neue Menschen in den Kampf einbeziehen kann.

Was dazu zu tun ist, darüber wird der Volksfront-Kongreß beraten. Wir möchten im folgenden als Anregung und Beitrag zu den anstehenden Diskussionen zu einigen Fragen und Problemen des antifaschistischen Kampfes, zur Volksfront und ihren Aufgaben Stellung nehmen. Dabei wollen wir zunächst auf einige Bedenken gegen die Volksfront eingehen.



Die Volksfront tut not

In unserer Partei, wohl auch in der Volksfront und in anderen sich mit der Volksfront auseinandersetzenden Kreisen werden neben mancher berechtigten Kritik an ihrer Arbeit und an ihrer Kandidatur zur Bundestagswahl 1980 auch immer wieder Einwände gegen die Gründung der Volksfront oder den Sinn der Schaffung einer solchen bundesweiten Mitgliederorganisation überhaupt vorgebracht.

Teils hängt dies sicher mit vielleicht durch das Auftreten und die Arbeit der Volksfront auftauchenden falschen Vorstellungen und Mißverständnissen darüber zusammen, was die Volksfront eigentlich ist und sein kann. Zum anderen mit der grundsätzlicheren Frage: Hat die Volksfront als besondere antifaschistische Organisation neben den vielen antifaschistischen Initiativen (Neonazis usw.), örtlichen bis bundesweiten Komitees gegen reaktionäre Maßnahmen (Berufsverbote, Polizeiterror, Ausländerfeindlichkeit und anderen), neben der breiten Friedensbewegung und anderen bundesweiten Organisationen mit ähnlichen oder gleichen Zielsetzungen, man denke an die Deutsche Friedens-Union, aber besonders an die VVN — Bund der Antifaschisten, die sich dem antifaschistisch-demokratischen und Friedenskampf verpflichtet fühlt, überhaupt eine Existenzberechtigung? Wir meinen ja, weil keine der angesprochenen Kräfte die von der Volksfront verfochtenen, den tatsächlichen Verhältnissen in diesem Lande Rechnung tragenden Auffassungen vom Kampf gegen Faschismus und Krieg schon abdecken würde.

Halten wir uns noch einmal die Situation vor Augen, in der die Volksfront gegründet wurde und die durch die Kandidatur von Strauß geprägt war, um zu sehen, ob und welche Bedingungen für die Schaffung der Volksfront sprachen oder sie gar erforderlich machten. Die Volksfront selber führte zur politischen Lage in ihrem Bundestagswahlprogramm damals aus:

„Was noch vor zehn, fünfzehn Jahren undenkbar erschien, heute ist es soweit: Franz Josef Strauß will Bundeskanzler werden. Ein Mann, der nicht nur bei uns, sondern auch im Ausland als Repräsentant eines reaktionären und aggressiven Deutschlands gilt.

Warum die Kanzlerkandidatur dieses Mannes, der sinngemäß sagte, er wünsche dem deutschen Volk, es möge ihm nie so schlecht gehen, daß er an die Macht käme, **gerade jetzt?** Hat Strauß sich „gebessert"? Nein, aber die Verhältnisse in der Bundesrepublik haben sich verschlechtert, und sie verschlechtern sich weiter. Wirtschaftsexperten prophezeien für die 80er Jahre eine Weltwirtschaftskrise ähnlich der von 1929/33. Der Philosoph Carl Friedrich von Weizsäcker spricht von **„Entwicklungen, die uns an den Rand des Abgrunds bringen können"** und davon, **„daß die Spannungen zwischen den Supermächten wachsen, so daß ein großer Krieg möglich wird,".**

Wie aber reagieren die Multis, die Herren der Monopole und Banken auf die sich abzeichnende Verschärfung der Krise? Sie versuchen wie eh und je, die Lasten auf die Werktätigen abzuwälzen und jeden sich dagegen regenden Widerstand durch den Abbau der demokratischen Rechte des Volkes abzuwürgen. Wie reagieren sie angesichts der zu erwartenden Verschärfung der wirtschaftlichen und politischen Kämpfe in den 80er Jahren? **Wie schon einmal, versuchen sie wieder ihren „starken Mann" an die Macht zu bringen, damit er ihnen „Ruhe und Ordnung" garantiert.** Und wieder — wie schon zum Machtantritt Hitlers — sind es die reaktionärsten, aggressivsten Elemente des Finanzkapitals, ist es die Rüstungsindustrie, die Flick, Siemens, AEG, Messerschmidt-Bölkow-Blohm u.a., die ihren Mann ins Spiel bringen. Strauß, von dem Otto A. Friedrichs, früher Chef der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), einmal sagte: "Seine Rede und seine Person sind die große Hoffnung für uns. (...)"

Unterschätzen wir nicht die Gefahr! Nicht, daß wir meinen, daß mit einer Wahl von Strauß zum Bundeskanzler ein Staatsstreich à la Hitler erfolgte. Was für uns der Machtantritt der Reaktionäre Carstens und Stücklen, die Kanzlerkandidatur eines Strauß — unabhängig davon, ob er nun Kanzler wird oder nicht — bedeutet, das ist die unverhüllte Kampfansage des Finanzkapitals, der Monopole und Banken an die Werktätigen, an den fortschrittlichsten Teil unseres Volkes, ist die Drohung: Wenn ihr nicht so wollt wie wir, wir können auch anders!

Unsere Antwort: Schließen wir uns zusammen, organisieren wir den Widerstand! Strauß, das ist nicht nur der skrupel- und rücksichtslose Machtpolitiker. Strauß, das ist ein Programm. Deshalb sagen wir: **Stoppt Strauß! Gegen Reaktion, Faschismus und Krieg!**

Aber wie? Das ist hier die

Frage. Indem wir auf die sozialdemokratischen Führer, die Schmidt und Co. vertrauen? Sie haben bereits erklärt, daß sie an einem konsequenten Kampf gegen Strauß kein Interesse haben. Wie sollten sie auch? Schließlich war es die SPD als Regierungspartei, die zusammen mit der FDP in den letzten Jahren die Abwälzung der Lasten der Krise auf die Werktätigen förderten. Sie war es doch, die den Abbau der demokratischen Rechte, die Faschisierung vorantrieb, so daß sich der Strauß, im Falle seines Wahlsiegs, nur noch in das gemachte Bett zu legen bräuchte. (...)

Nein, auf die sozialdemokratischen Führer à la Schmidt, Wehner u. a. ist im Kampf gegen Strauß, gegen Reaktion, Faschismus und Krieg nicht der geringste Verlaß. Es läßt sich nicht ändern, wir selber, die Werktätigen, müssen diesen Kampf in die Hand nehmen und in den Betrieben, Fabriken, Schächten, Werften, Banken, Verwaltungen, Kaufhäusern, Schulen und Universitäten, in Stadt und Land den Widerstand organisieren. **Es kommt auf jeden an!**"

Strauß und die faschistische Gefahr

Über diese Einschätzung der Hintergründe und Bedeutung der Strauß-Kandidatur und was dagegen zu tun war (die ja durch die Entwicklung danach bis zum Bonner Wendemanöver im Herbst 82 / Frühling 83 vollauf bestätigt wurde), gab es in der Stoppt-Strauß-Bewegung und gibt es in der antifaschistischen Bewegung sehr unterschiedliche Auffassungen.

Da war nicht nur die sozialdemokratische Parteiführung, die meinte, diesem Reaktionär Strauß trotz allem einen demokratischen Persilschein ausstellen zu müssen. Die Charakterisierung von Strauß als Faschisten, die Kennzeichnung seiner Kandidatur als Ausdruck von Bestrebungen der reaktionärsten Kreise des Finanzkapitals, einer Weichenstellung in Richtung Faschismus war auch in linkeren Kreisen, wie der SPD-nahen Staeck-Initiative gegen Strauß oder der DKP und ihr nahestehender Kreise (der Initiative Reinhard Kühnls „Gemeinsam gegen rechts — stoppt Strauß jetzt", der VVN usw.) äußerst umstritten und wurden mit Begründungen wie dieser zurückgewiesen:

Das SDAJ-Magazin „elan" schrieb in Anspielung auf die Parole „Strauß und Mannschaft rüsten fleißig für ein neues '33": „Kein Zweifel, daß Strauß jeden Fortschritt in der Entspannungspolitik torpedieren will und manche Möglichkeit hat. Aber zurück zu dem Zustand, wo es die Verträge mit den sozialistischen Ländern nicht gab? Die dann absehbare Isolierung würde auch ins Strauß-Konzept nicht passen. Faschismus in der Bundesrepublik — damit könnte er auch den angemeldeten Führungsanspruch in Europa nicht verwirklichen. Strauß und die Konzerne wissen auch um die innenpolitischen Risiken einer faschistischen Herrschaft. Deshalb steht ein neues '33 nicht an. Sicher, „schärfere Zügel", mehr Druck gegen die, die sich wehren, harte Konfrontation gegen alle demokratischen, gewerkschaftlichen Kräfte. Das ist die Linie von Strauß und Co. Sie wollen das rechteste, reaktionärste Konzept umsetzen, was innen- und außenpolitisch durchsetzbar ist. Aber das geht für sie auch ohne Faschismus." (8/79, S. 22)

Diese Position, daß man für die Entwicklung in Westdeutschland allenfalls von einer schärferen Gangart, von einer Rechtsentwicklung, nicht aber von einer faschistischen Gefahr sprechen können, wird von diesen Teilen der antifaschistisch-demokratischen Bewegug nach wie vor, z. B. auch im Hinblick auf die jüngsten Ereignisse des Regierungswechsels, vertreten. Nun sagt ja weder die Parole, noch die angeführte Passage aus dem Volksfront-Programm aus, der Faschismus stünde mit Strauß unmittelbar bevor. Sie macht aber auf die Zusammenhänge aufmerksam, auf die auch Dimitroff auf dem VII. Weltkongreß hinwies:

„daß vor der Errichtung der faschistischen Dikatatur die bürgerlichen Regierungen in der Regel eine Reihe von Vorbereitungsetappen durchlaufen und eine Reihe reaktionärer Maßnahmen durchführen, die den Machtantritt des Faschismus unmittelbar fördern." Er betonte: „Wer in diesen Vorbereitungsetappen nicht gegen die reaktionären Maßnahmen der Bourgeoisie und gegen den anwachsenden Faschismus kämpft, der ist nicht imstande, den Sieg des Faschismus zu verhindern, der erleichtert ihn vielmehr."

Zweifellos werden in der Strauß-Kandidatur faschistische Bestrebungen des westdeutschen Finanzkapitals deutlich, die heute nicht als offen faschistische, sondern konservative Konzepte von entsprechenden Politikern getragen, die Runde machen die in ihrer antidemokratischen, gewerkschaftsfeindlichen, großdeutschen Zielsetzung gemeinsame Berührungspunkte haben. Diese Erkenntnis ist für den antifaschistischen Kampf nicht unwichtig. Denn sonst läuft man Gefahr, daß während sich Strauß, seine Mannen, und vor allem finanzkapitalistische Hintermänner für ein neues '33 rüsten, wir zu wenig dagegen gerüstet sind, weil wir dem Irrtum glaubten, der Faschismus passe diesen Herren innen- und außenpolitisch nicht ins Konzept oder finde, wie es von der DKP oder auch der VVN gesehen wird, heute auch in der starken Position der vermeintlich sozialistischen Länder, mit der Sowjetunion als Bollwerk des Friedens und des Antifaschismus, ihren außenpolitischen Meister.

Diese unterschiedlichen Beurteilungen müssen einen nicht vom gemeinsamen Kampf gegen die Reaktion abhalten, wenn sie aber, wie bei der Kühnl-Initiative gegen Strauß, Bestandteil der politischen Plattform oder bei der VVN im Programm festgeschrieben sind, dann gibt das dem antifaschistischen - und Friedenskampf eine falsche Stoßrichtung. Dem Kampf gegen Faschismus und Krieg ist weder gedient, dadurch, daß man die Verantwortung der herrschenden Klasse für den Faschismus verdunkelt noch von vermeintlichen Freunden im Ausland abhängig macht, in denen zudem wir Kommunisten und viele andere fortschrittliche, gegen die Reaktion und Kriegstreiber in diesem Lande kämpfenden Kräfte alle andere als Bastionen des Friedens und der Demokratie sehen.

Solche Bewertungen, wie die oben zitierten, laufen im Grunde auch darauf hinaus, daß als politischer Träger faschistischer Bestrebungen für unser Land vor allem nur die offenen Faschisten in Frage kommen, obwohl es keine Anzeichen gibt, daß nennenswerte Kräfte des Finanzkapitals heute hauptsächlich auf diese Karte setzen und ihnen größere Bedeutung als die von durchaus brauchbaren Hilftruppen und Stoßtrupps im Kampf gegen die Arbeiterbewegung beimessen.

Nicht nur gegen Neonazis

Die VVN — Bund der Antifaschisten sah ihre Aufgabe damals so, und das gilt auch für heute: „Die VVN wird dabei mithelfen, den breitesten Schichten unserer Bevölkerung klarzumachen, daß die Demokratie und unser Grundgesetz in Gefahr ist, daß es jetzt darum geht, die Verfassung zu verteidigen ... Aber ihre Hauptaufgabe sehen sie darin, die Bewegegung gegen den Neonazismus und gegen die Versuche der Rehabilitierung des Faschismus vorantzutreiben. Der Kampf gegen die Kriegsverherrlichung der Neonazis und ihren Ruf nach dem autoritären Staat ist der spezifische Beitrag der VVN für die Verteidigung der Demokratie und des Friedens." (Aus dem Tätigkeitsbericht des Präsidiums der VVN 1977 - 79)

Keine Frage, daß wir Antifaschisten die offenen Faschisten, welcher Couleur auch immer, ernstnehmen und bekämpfen, ihre Auftritte nicht hinnehmen und ihr Verbot durchsetzen müssen. Und zweifellos sind an dieser Frage viele Menschen in den antifaschistischen Kampf einzubeziehen und zunehmend in den letzten Jahren aktiv. Dennoch darf man die Menschen nicht unter der Stoßrichtung mobilisieren, daß die Gefahr des Faschismus hauptsächlich von diesen Kräften heute ausginge. Kampf den Neonazis, Freiheit und Demokratie à la Grundgesetz, dies reicht sicher nicht als Orientierung eines konsequenten antifaschistischen Kampfes aus.

Es gab also unserer Meinung nach gewichtige politische Gründe, die die Schaffung einer antifaschistischen Organisation neben der VVN notwendig machten und keineswegs eine Spaltung oder Schwächung, eher eine politische Bereicherung der antifaschistischen Bewegung bedeuten konnte.

Bundesweit koordinierte Aktivitäten entfalteten damals noch die dem KB nahestehenden Antifa-Gruppen, die eine vor allem sehr intensive und nützliche Enthüllungsarbeit über und den Kampf gegen die Neonazi-Szene leisteten und gegen Repressionen seitens des Staatsapparats, der Polizei usw. aktiv wurden. Sie maßen beispielsweise weniger Gewicht dem Kampf gegen die Aussperrung und der antifaschistischen Arbeit gerade auch unter den Arbeitern und werktätigen Menschen bei. Nicht wenige sahen in Strauß keinen großen Unterschied zu Schmidt und der sich auf die Sozialdemokratie stützende Politik der Monopolbourgeoisie und folglich auch keinen Anlaß zu besonderen Aktivitäten dagegen. Die Basis für eine Mit- und Zusammenarbeit in den Antifa-Gruppen war gegeben und hat es gegeben, einen Boden für die Verwirklichung in etwa unserer programmatischen und organisatorischen Vorstellungen für die Schaffung einer antifaschistischen Organisation weniger.

Heute gibt es diese Antifa-Gruppen nicht mehr. Es ist sicher eine Aufgabe, die darin zuvor aktiven Antifaschisten wieder für eine organisierte Arbeit heute in und mit der Volksfront zu gewinnen.

Volksfront — Anspruch und Wirklichkeit

Bleibt für viele Kritiker der Volksfront die Frage, ob es nicht doch ein Fehler war, die Volksfront von einigen wenigen Kräften quasi von oben in die Welt bzw. in die antifaschistische Bewegung zu setzen, statt zu versuchen, die auf diesem Kampffeld tätigen und sich bewegenden Initiativen zusammenzufassen, womit es zu einer viel breiter getragenen und stärkeren antifaschistischen Organisation als der Volksfront hätte kommen können.

Dies wäre, wenn es so einfach ginge, sicher besser und wünschenswert. Auch wir haben uns bemüht, vor Gründung einer bundesweiten Organisation örtliche Gruppen gegen Reaktion und Faschismus aufzubauen bzw. in bestehenden Komitees mitzuarbeiten, um sie für Auffassungen und ein Konzept vom antifaschistischen Kampf zu gewinnen, wie es die Volksfront heute vertritt. Aber dies hat Schranken und Grenzen in der politischen Überzeugung bzw. dem Bewußtsein von der Notwendigkeit einer weitergehenden Organisierung über eine örtliche, sich in der Regel ja gegen einzelne reaktionäre Maßnahmen, Vorkommnisse und Angriffe richtende und zeitlich begrenzte Initiative hinaus. Ein Grund, warum normalerweise mehr Menschen und ein breiteres Spektrum dort aktiv ist und sein kann als z. B. in der Volksfront.



Wie schwierig dieser Weg ist, wird vielleicht deutlich, wenn man sich vorstellt, man wolle die Hundertausende umfassende, von vielen Strömungen getragene Friedensbewegung, über Aktionseinheit und Koordinierung des Kampfes gegen die Atomraketen, über diesen Minimalkonsensus hinaus, auf einer weitergehenden Plattform zusammenschließen. Bei längerem Abwarten hätten sicher noch mehr Kräfte gewonnen werden können. Mit der Kandidatur von Strauß drängte allerdings auch die Zeit.

Immerhin gab es ja einige hundert bis 1 000 Menschen, die sich schon zusammentun und eine Politik entfalten konnten. Und es gab ohne Frage, wie die Stoppt-Strauß- und andere gegen die Reaktion tätige Bewegungen zeigten, ein antifaschistisches Potential, zunehmend auch unter den Arbeitern und werktätigen Schichten, das mit der Verschärfung der Krisenentwicklung noch zunehmen würde. Es war also durchaus angebracht, sich als organisierte Kraft an diese Menschen zu wenden und sie für die weitergehenden antifaschistischen Kampf und die dafür eintretende Volksfront zu gewinnen versuchen.

Etwas abwegig waren manche Erwartungen, in welchem Maße und wie schnell das gehen kann. Es spricht aber erst mal nicht gegen das Konzept der Volksfront, mit solchen Problemen ist jede neue Organisation konfrontiert, selbst wenn sie, wie die DS, prominentere Mitkämpfer hat, die die Volksfront noch nicht gewinnen konnte.

Aber schon bald nach der Gründung der Volksfront zeigte sich auch, daß sich Menschen interessieren, gewinnen und organisieren ließen. Im Anti-Strauß-Kampf errang die Volksfront zunehmend Aufmerksamkeit und Anerkennung auch bei Werktätigen. Dort, wo sie eine einigermaßen kontinuierliche und ansprechende Politik und Tätigkeit entfalten konnte, auch bei anderen zunächst mißtrauischen und ablehnenden Kräften innerhalb der antifaschistischen Bewegung, die sie als politischen Faktor und Kraft ernst nahmen und zunehmend zur Zusammenarbeit bereit waren und sind.

Probleme und Mißverständnisse warf und wirft immer wieder der Name der Volksfront auf. Klaffen da nicht Anspruch und Wirklichkeit weit auseinander? Sicher könnte es auch eine andere Bezeichnung geben, an den Schwierigkeiten, Ansprüche einzulösen und Menschen zu gewinnen, wird es nicht viel ändern.

Wir und auch die Volksfront haben nicht behauptet, daß diese Organisation mehr als eine für ein bestimmtes Programm eintretende antifaschistische Organisation ist. Sie versteht sich nicht als eine Frontorganisation, in der sich die Millionenmassen des Volkes zusammenschließen, oder sich das fälschlicherweise oft als für eine Volksfront wesentlich gesehene Bündnis von Arbeiter- und anderen fortschrittlichen Parteien zusammenfinden könnte.

Die Volksfront kann und will sicher nicht mehr und nicht weniger, als **einen** Beitrag zur Stärkung der Kampffront der Volksmassen gegen Reaktion, Faschismus und Kriegsgefahr leisten. Dafür steht ihr Programm und im wahrsten Sinne des Wortes auch der Name.

Ein Problem war zweifellos die Wahlkandidatur der Volksfront, die für manchen die Volksfront quasi als Partei darstellte und so den Interessentenkreis einengte und den einen oder anderen auch von der Mitarbeit abhielt. Die Kandidatur einer überparteilichen Organisation, besonders eine Alleinkandidatur, ist sicher nur in Ausnahmefällen sinnvoll. Wir glauben, daß sie es für die Volksfront angesichts der Strauß-Kandidatur war, um diese Möglichkeit zum Aufbau der Volksfront und Bekanntmachen ihrer politischen Auffassungen und Ziele zu nutzen. Die Volksfront ist im Wahlkampf wohl ohne Frage an Profil und Mitgliederstärke wie nie danach gewonnen, wenn sie es auch nicht immer richtig und gut verstand, den Wahlkampf mit den anderen antifaschistischen Aufgaben und Kämpfen zu verbinden. Sicherlich nicht sinnvoll war das Ausmaß der Wahlbeteiligung, der Versuch der bundesweiten Kandidatur um jeden Preis.

Unsere Partei hat diesen Wahlkampf nach Kräften unterstützt. Wir denken, daß sie nach der Wahl ihr Engagement für die Volksfront zeitweise zu stark zurückgeschraubt hat, was sich auf eine kontinuierliche Weiterentwicklung und Konsolidierung der Volksfront sicher nicht positiv auswirkte. Da sollten wir bzw. unsere in der Volksfront aktiven Genossen ihre Verantwortung sehen, und dies verbessern. Die Bonner Wende, die damit wachsende faschistische Gefahr zeigen: Das Vorankommen im antifaschistischen Kampf und die Volksfront tut not.

Fortsetzung im nächsten „Roten Morgen": Die Bonner Wende und die faschistische Gefahr Welche Aufgaben stehen vor der Volksfront?

Für die Freiheit Kemal Altuns:

Sechs Tage im Hungerstreik

Korrespondenz aus Dortmund

Große Beachtung fand der Hungerstreik, den Dortmunder Antifaschisten in der Innenstadt vom 20. bis 25.8. durchführten, um gegen die drohende Abschiebung Kemal Altuns und die Unterstützung der Bundesregierung für die faschistische Junta in der Türkei zu protestieren.

Auf dem Vorplatz der Reinoldi-Kirche kam es immer wieder zu Gesprächen, die Aktion fiel auf. Auch die Dortmunder Presse berichtete zum Teil mehrmals über die Aktion und über ihre Resonanz in der Öffentlichkeit. Dazu gehört auch, was die Organisatoren der Aktion auf politischem Gebiet in Dortmund erreichten — so fanden sich nach persönlichem Ansprechen die drei Dortmunder Bundestagsabgeordneten Zeitler, Urbaniak und Meininghaus (alle SPD) bereit, sich in Bonn gegen die drohende Abschiebung Kemal Altuns zu verwenden.

Am Zustandekommen und an der Durchführung der Aktion waren Genossen der KPD maßgeblich beteiligt, ebenso Mitglieder Autonomer Gruppen und andere Antifaschisten aus Deutschland und der Türkei.

Vorausgegangen war dem Hungerstreik eine Demonstration, an der sich etwa 170 Menschen beteiligten.

Der Hungerstreik endete am vergangenen Donnerstag. Am Abend dieses Tages fand eine Podiumsdiskussion statt, in deren Verlauf unter anderem der Rechtsanwalt Gerd Flint über die Lage der politischen Gefangenen im Gefängnis und vor Gericht in der Türkei berichtete. Gerd Flint hatte als Mitglied einer Untersuchungskommission die sich nach dem Hungerstreik von 150 Menschen in Bonn gebildet hatte, die Türkei besucht. Er vermittelte anschaulich einen Einblick in die Lage der gefangenen und gefolterten Antifaschisten in diesem NATO-Land, dessen Junta sich nicht zuletzt dank reichlich fließender Geldmittel aus der Bundesrepublik am Leben erhält. Ein kleines Beispiel aus einem Gefängnis: „Wir haben hier 700 Verurteilte", erzählte ihm ein hoher Aufsichtsbeamter, „und 340, die noch verurteilt werden." Prozesse? — Eine Farce! Das Urteil steht schon vorher fest.

Die Diskussion an diesem Abend verlief leider nicht sehr fruchtbar, weil durch einige „Links"-Radikale unsinnige Fronten gegen Podiumsdiskussionsteilnehmer und Besucher aufgebaut wurden, die sich einfach als „normale Demokraten" gegen die Machenschaften der Junta und die Pläne der Bundesregierung stellen. Das nutzt unserem Anliegen nicht, entsprach allerdings auch nicht dem Geist, in dem die Aktivitäten der vorausgegangenen Tage angegangen wurden.

Die Bilanz der Aktion ist trotz des etwas unbefriedigenden Abschlusses positiv. Es wurden neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit aufgetan, und viele zeigten sich entschlossen, im speziellen Fall des Kemal Altun die weitere Entwicklung aufmerksam zu verfolgen und, wenn nötig, mit neuen gemeinsamen Aktionen zu reagieren.





Spendenliste

Seit der letzten Veröffentlichung gingen folgende Spenden für den „Roten Morgen" bei uns ein:

	DM
A.T., Kassel	300,—
A. u. L.A., Emden	100,—
LBV Ruhr	10,—
B.K.'Stuttgart	1200,—
M.W., Saarbrücken	500,—
T.T., Bielefeld	100,—
Freund aus Kiel	500,—
T.R., Hamburg	40,—
Zelle Metall, Stuttgart	150,—
A.D.M., Westberlin	3600,—
KPD Oberallgäu	200,—
KPD Kreuzberg	1000,—
N.R., Bielefeld	100,—
LBV Weser-Ems	57,—
Sympathisanten Hilden	60,30
Hochzeit in Köln	55,—
K.W., Dortmund	50,—
KPD Gelsenkirchen	1000,—
M.K., Kamen	50,—
insgesamt	**9072,30**

Damit sind bisher an Spenden für den Roten Morgen 13983,30 DM bei uns eingegangen. Wir danken allen Freunden und Genossen herzlich für ihre Spenden.

Spendenkampagne 30000,—DM für den RM kommt auf Touren!

(Nur) noch 16016,70 DM trennen uns vom Ziel!

Na, der Sommer war ganz gut. So langsam tut sich was, in der RM-Spendenkampagne. Bald ist Halbzeit! Trotz Sommerloch und Badewetter haben sich Genossen von Emden bis Kreuzberg und von Kiel bis zum Oberallgäu — auch da! — Sorgen um den RM gemacht. Recht so und: weitermachen! Wie die Hochzeitsgesellschaft aus Köln, die ihre Feier mit einer Spende für den RM krönte. Wem das nicht nachahmenswert ist, kann auch spenden, ohne zu heiraten.

An dieser Stelle auch der Hinweis für das Gewissen unserer Zellenleiter: Hast Du schon die RM-Spendenkampagne in Deiner Zelle besprochen? Stichworte zur Behandlung des „wundersamen RM-Preises" von 1,—DM:

- der RM kann nur mit massiver Subventionierung durch die Partei für 1,—DM verkauft werden;
- Kosten für Satz, Repro, Druck, Löhne, Porto, Verpakkung, EDV würden einen Verkaufspreis von 2,50 DM erforderlich machen;
- 30000,—DM müssen in die RM-Kasse, damit keine Preiserhöhung auf 2,—DM ins Haus steht.

Und zum Schluß wie immer der Hinweis, dem Staat keine müde Mark für Pershing II und ähnliches zu überlassen:

Spenden für den „Roten Morgen" sind bei der Lohn- und Einkommenssteuer absetzbar. Spenden sind bis zu einer Höchstgrenze von 1800,—DM (Ledige) bzw. 3600,—DM (Verheiratete) absetzbar. Auf Wunsch versenden wir Spendenbescheinigungen.

Spenden bitte überweisen an die:
KPD, 4600 Dortmund 30, Stadtsparkasse Dortmund (BLZ 44050199)
Kto.-Nr. 321004547
Postscheckamt Dortmund (BLZ 44010046)
Kto.-Nr. 6420 - 467

Wie der letzte Dreck

Mit „Gruß aus Köln" sandte uns ein Leser Informationen über die Firma Schaeben in Leverkusen-Quettingen, Neukronenberger Straße 40 (Kunststofferzeugnisse und Verpackungsarbeiten): Ein Stück über Ausbeutung in einem Kleinbetrieb und über besondere Ausplünderung ausländischer Arbeiter.

Unter der bezeichnenden Überschrift: „Findet hier der Rückschritt zur Willkürherrschaft ins Mittelalter statt?" heißt es in eime Flugblatt der IG DruPa, OV Opladen Leverkusen:

„Hier einige Beispiele aus der angewandten Arbeitspraxis dieser Firma:

1. Der überwiegende Teil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, fast ausschließlich ausländische Mitarbeiter, erhalten einen Stundenlohn von 6.92 DM, das sind 22 Prozent unter dem niedrigsten branchenüblichen Tariflohn.

2. Statt normaler Arbeitsverträge gibt es Aushilfsverträge, die nur einen Monat Gültigkeit haben und je nach Laune verlängert werden und das über Monate hinaus, also Kettenarbeitsverträge, die gesetzlich nicht zulässig sind.

3. Die Produktion wird nach Stückleistung bewertet, also Akkordarbeit, jedoch von einem Akkordprämiensystem ist keine Rede.

4. Bei geleisteten Überstunden über 40 Stunden hinaus werden keine Zuschläge bezahlt.

5. Die Arbeitsbedingungen sind denkbar schlecht, das fängt mit rüden Beschimpfungen durch Vorgesetzte an und hört auf mit nassen Arbeitsplätzen, wenn es bei Regenwetter durch das schadhafte Dach regnet.

6. Willkürliche Kündigungen — hier eine kleine Auswahl aus dieser Palette: Die Kollegin Asiye war nach einem Betriebsunfall 15 Tage im Krankenhaus — Kündigung. Der Kollege Igöz mußte ins Krankenhaus — Kündigung. Die Kollegin Rosina wurde auf der Arbeitsstelle übel, sie mußte den Arzt aufsuchen — am nächsten Tag Kündigung. Der Kollege Celal bekam durch das Tragen schwerer Lasten eine Entzündung der Rückenmuskulatur, er wurde vom Arzt krankgeschrieben — nach einer Woche Kündigung.

Wo man hinsieht Willkür und rechtlich sehr zwielichtige Machenschaften von Seiten dieser Firma.

Wir fragen die Firmenleitung: „Wann hören Sie endlich auf, Menschen wie den letzten Dreck zu behandeln?'"

Widerstand kommt in Gang. Ein persönliches Beispiel dafür: der Arbeiter Halil Icöz. Er hatte, nachdem er sich einmal krankmelden mußte, die Mitteilung erhalten, sein Arbeitsvertrag werde „wegen der schlechten Wirtschaftslage" nicht verlängert. Dann wurde dem krankgeschriebenen Mann nach sechs Wochen angeboten, doch wieder zu arbeiten, er müsse aber auf alle Lohnforderungen für die Zeit seiner Krankheit verzichten. Er verzichtete aber nicht, sondern zog vors Arbeitsgericht in Solingen. Dort ist noch kein Urteil ergangen, allerdings deutete selbst das Gericht schon an, daß es die Kettenarbeitsverträge nicht zu akzeptieren gedenke. Als Entscheidungstermin ist der 19. Oktober vorgesehen. Die bisherigen Auswirkungen für den Betroffenen: Seit April bekommt Halil Icöz keinen Lohn, kein Arbeitslosengeld, kein Krankengeld. Der Kapitalismus — ein menschenunwürdiges System!

„Verdacht der Vorbereitung der Verschleppung“

Strafanzeige wegen Altun-Auslieferungsverfahren

Vor gut zwei Wochen hat die Humanistische Union bei der Staatsanwaltschaft Bonn eine Strafanzeige im Zusammenhang mit dem Auslieferungsverfahren gegen Kemal Altun eingereicht. Die Liga für Menschenrechte hat sich ihr inzwischen angeschlossen. Wir dokumentieren im folgenden Auszüge daraus, die auch das Zustandekommen des Verfahrens dem Leser noch einmal plastisch vor Augen führen.

Wegen Vorbereitung der Verschleppung — § 234a Abs. 3 StGB — des türkischen Staatsangehörigen Kemal Altun, geboren am 13. 4. 60 in Samsun / Türkei, gegen 1. den Polizeibeamten Seehausen, Polizeipräsident in Berlin, Abteilung Staatsschutz; 2. den Kriminalhauptkommissar Andres und / oder den Kriminaloberrat Maaß, Bundeskriminalamt Wiesbaden; 3. den zuständigen Beamten des Bundesministeriums der Justiz in Bonn -NN- und 4. die Oberstaatsanwältin Sautter-Kollmar, Staatsanwaltschaft beim Kammergericht Berlin.

Gegen diese vier beschuldigten besteht der dringende Tatverdacht, daß sie in bewußtem und gewollten Zusammenwirken die streng vertraulichen Informationen aus dem Asylantrag des Herrn Altun an den Verfolgerstaat Türkei weitergeleitet sowie diesen über den Aufenthaltsort des Flüchtlings in Kenntnis gesetzt und darüber hinaus sogar ein Auslieferungsersuchen angeregt haben, aufgrund dessen nunmehr die ernsthafte Gefahr besteht, daß Herr Altun trotz seiner Anerkennung als Asylberechtigter gewaltsam in die Türkei verbracht und dort politischer Verfolgung ausgesetzt wird.

Bevor der Asylantrag von dem zuständigen Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge bearbeitet wurde (Anhörung des Flüchtlings erst am 22. 3. 83!), erhielt die Abteilung Staatsschutz des Polizeipräsidenten in Berlin über Ausländerakte Kenntnis von seinem Inhalt. Der Polizeibeamte Seehaus (Beschuldigter zu 1) ersuchte mit Fernschreiben vom 23. 4. 82 im Wege der Amtshilfe das Bundeskriminalamt Wiesbaden, die allein aus dem Asylantrag entnommenen Informationen über die als falsch bezeichneten Anschuldigungen zur Grundlage einer Anfrage bei Interpol Ankara zu machen, ob die Auslieferung des Flüchtlings begehrt werde. Der beim BKA zuständige Sachbearbeiter (Beschuldigter zu 2) hatte offensichtlich Bedenken wegen einer solchen Anfrage und versuchte, sich beim Bundesministerium der Justiz in Bonn abzusichern. Der dort zuständige Beamte NN (Beschuldigter zu 3) entkräftete jedoch diese Bedenken mit Fernschreiben vom 30.4.82, wobei er allerdings vor der Anfrage wegen des Auslieferungsersuchens die Zustimmung der Staatsanwaltschaft beim Kammergericht einzuholen bat. Diese Zustimmung wurde am 11.5.82 von Oberstaatsanwältin Sautter-Kollmar (Beschuldigte zu 4) erteilt.

Daraufhin meldete das BKA den Inhalt des Asylantrages an Interpol Ankara und fragte an, ob ein Antrag auf Auslieferung gestellt werde. Postwendend kam am 18. 5. 82 die Antwort: „Der Betreffende wird aufgrund der in Ihren Mitteilungen erwähnten Straftat in unserem Lande gesucht. ...“

Am selben Tage (!) wurde vom 2. Militärgericht Ankara ein Haftbefehl [Nr. 1982 / 335) wegen Anstiftung zum Mord erlassen. Mit Funkspruch vom 28. 6. 82 kündigte Interpol Ankara sodann das Auslieferungsersuchen an und bat um vorläufige Festnahme. Auf Anordnung der Staatsanwaltschaft beim Kammergericht wurde Herr Altun daraufhin am 5.7.82 festgenommen. Am selben Tage (!) erließ das 2. Militärgericht in Ankara einen weiteren Haftbefehl (mit der niedrigeren Nummer 1982 / 281), diesmal nur wegen Begünstigung der Attentäter. Das allein darauf gestützte Auslieferungsersuchen wurde am 19.7.82 übermittelt. Daraufhin ordnete das Kammergericht am 22.7.82 — nachdem Herr Altun also 17 (!) Tage lang ohne richterliche Entscheidung inhaftiert war — die vorläufige Auslieferungshaft an — allerdings ohne dem Inhaftierten Gelegenheit gegeben zu haben, zu dem nachgeschobenen Haftbefehl und dem Auslieferungsersuchen Stellung zu nehmen, und am 9. 9. 82 erging (nach „versehentlicher“ Überschreitung der 40-Tage-Frist in Art. 16 Abs. 4 des Europäischen Auslieferungsübereinkommens um acht Tage) der Beschluß über die endgültige Auslieferungshaft. Am selben Tage wurde erstmals das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge darüber informiert, daß ein Auslieferungsverfahren anhängig sei ...

Nach Auffassung der humanistischen Union ergibt sich aus diesem Sachverhalt gegen die vier Beschuldigten der dringende Tatverdacht der Vorbereitung der Verschleppung, § 234a Abs. 3 StGB.

Die Beschuldigten dürften auch vorsätzlich gehandelt haben. Ihnen war zum Tatzeitpunkt lediglich bekannt, daß Herr Altun sein Asylbegehren auf falsche Anschuldigungen stützte. Wer gleichwohl den Verfolgerstaat informiert und die Auslieferung in die Wege leitet, nimmt zumindest billigend in Kauf, daß der Verfolgte im Falle der Auslieferung einer politischen Gefährdung ausgesetzt ist.

Das mögliche Vertrauen in die Rechtsprechung des Kammergerichts schließt den Vorsatz schon deshalb nicht aus, weil durch die Mitverantwortung einer anderen Instanz der eigene Tatbeitrag nicht seine Bedeutung verliert und im übrigen bekannt sein mußte, daß das Kammergericht regelmäßig die Überprüfung des Tatverdachtes ablehnt und noch in keinem einzigen Auslieferungsfall die Gefahr politischer Verfolgung bejaht hat.

Alle Beschuldigten haben im übrigen mit der Formulierung bzw. der Billigung der Frage nach einem Auslieferungsersuchen eindeutig zu erkennen gegeben, daß sie die gewaltsame Verbringung Altuns in die Türkei anstrebten — unabhängig davon, ob es sich nur um vorgeschobene Vorwürfe aus politischen Gründen handelt.

Immer noch Bangen und Kampf um Kemal Altun

Berliner Gericht rügt Bundesregierung

DORTMUND, 27.8.83 — Noch hat die Bundesregierung ihre Drohung, die von der faschistischen türkischen Regierung verlangte Auslieferung Kemal Altuns zu vollziehen, nicht wahrgemacht. Das kann aber jeden Tag passieren, und deshalb darf im Widerstand dagegen nicht nachgelassen werden. In diesem Sinne setzen Antifaschisten im ganzen Bundesgebiet ihre Aktionen fort.

Unterdessen begann vor der 19. Kammer des Westberliner Verwaltungsgerichts Altuns Prozeß um seine Anerkennung als politischer Flüchtling.

In Handschellen wurde der türkische Antifaschist am Donnerstag vor das Gericht geführt. Ein großes Polizeiaufgebot sicherte das Gerichtsgebäude rundherum ab.

Trotz dieser unwürdigen Behandlung war dies wohl der erste Tag, an dem Kemal Altun erlebte, daß Richter sich überhaupt etwas tiefgehender mit seiner Situation und den Hintergründen seines Falles befaßten.

Das Gericht äußerte „Verständnis“ für seine psychische Situation — 13 Monate in Haft bei ständiger Sorge, jederzeit abgeschoben werden zu können. Wichtiger aber: Es rügte das Verhalten des Bundesjustizministeriums und des Auswärtigen Amtes und des Westberliner Kammergerichts, die die Vorbereitung des Verfahrens erschwert hätten, indem sie wichtige Akten und Unterlagen zu spät oder überhaupt nur unvollständig zur Verfügung gestellt hätten.

Darüber hinaus erklärte der Vorsitzende, er habe konkrete Anhaltspunkte dafür, daß die Dokumente, mit denen die türkische Regierung Altuns Auslieferung erreichen will, Manipulationen enthalten.

Das wird der Bundesregierung nicht passen, die Kritik ebensowenig wie die Feststellung der Manipulation seitens der Türkei, würde sie sich doch nun im Falle einer Abschiebung noch vor Beendigung des Asylverfahrens noch offensichtlicher ins Unrecht setzen als bisher ohnehin schon.

Wichtig in dem Verfahren ist die schriftliche Begründung des Urteils, das die türkische Justiz gegen die angeblichen Mörder des Ministers Gün Sazak — ein Mitglied der faschistisch-terroristischen MHP — fällte. Dieses Dokument wurde im Auftrag des Bonner Auswärtigen Amtes von einer nicht vereidigten Dolmetscherin übersetzt. „Grobe Übertragungsfehler“ stellte der Westberliner Gerichtsdolmetscher schon bei der ersten Durchsicht fest.

Kemal Altuns Anwalt will jetzt in die Türkei reisen, um sich endlich Kenntnis über die gesamten Unterlagen des Gerichtsverfahrens über das genannte Attentat verschaffen zu können. Die Bundesregierung hat sich bisher noch nicht geäußert dazu, ob sie diese Reise unterstützen — und damit erst ermöglichen — will.

Die Regierung hat sich auch immer noch nicht zu einer Intervention des Vertreters des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen geäußert, der das Verwaltungsgerichtsverfahren beobachtet und von Bonn verlangte, Altun nicht abzuschieben.

Im Oktober will sich die Menschenrechtskommission in Brüssel mit dem Fall befassen.

Der Kampf um Kemal Altuns Freiheit muß weitergehen. (Ganz unabhängig von allen Gerichtsentscheiden.) Vollzieht die Bundesregierung, wie es eigentlich eindeutig ihre Absicht ist, die Abschiebung, gibt sie faschistischen Regimes einen exemplarischen Hinweis, sich jedes politischen Gegners habhaft zu machen, selbst wenn dieser bereits als Asylberechtigter anerkannt worden ist. Der öffentliche Druck muß so stark sein, daß dieser hinterhältige Plan der Bonner Faschistenfreunde und Ausländerfeinde undurchführbar wird.

Freiheit für Kemal Altun! Genereller Auslieferungsstopp an die Türkei!

Gemeinsam leben — gemeinsam kämpfen

400 in der Markthalle

Unter dem Motto „Gemeinsam leben — gemeinsam kämpfen“ stand eine Kulturveranstaltung zum Ausländerprogramm der KPD, die am 20. August in der Hamburger „Markthalle“ stattfand. Sie wurde von der KPD zusammen mit der türkischen Organisation DHB (M) gestaltet. Es sprach unter anderem Genosse Ernst Aust. Eine Theatergruppe (siehe Bild) fand ebenfalls den Beifall der rund 400 Besucher. Diese Veranstaltung war ein guter Erfolg und Ansporn zum verstärkten Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit und die Regierungspolitik, die selbst extrem ausländerfeindlich ist und darüber hinaus auch die Faschisten in ihren Hetz- und Terroraktionen gegen unsere ausländischen Mitbürger ermutigt.



Politische Polizei wollte einen Metaller für Spitzeldienst werben

V-Mann-Suche im Betrieb

Politische Polizei und Verfassungsschutz versuchen immer wieder in Betrieb und Gewerkschaft Spitzel anzuwerben. Immer wieder mal findet sich aber auch eine Kollegin oder ein Kollege, der nicht nur nicht mitspielt, sondern trotz aller Drohungen solche Anwerbeversuche öffentlich macht. Über einen neuen Fall berichtet die Gewerkschaftszeitung „Metall“ vom 26. August. „Die Redaktion der ... ‚Metall‘ macht die Redaktionen im ganzen Bundesgebiet auf den Vorgang aufmerksam“, schrieb die „Frankfurter Rundschau“ am 26.8. Nun die RM-Redaktion wurde leider vergessen, aber wir sind ja schon von uns aus aufmerksam und „Metall“-Leser, und als unverbesserliche Anhänger der Einheitsgewerkschaft entschuldigen wir das Versehen unserer Kollegen und nehmen uns auch dieses Falls gern an. Wir veröffentlichen deshalb im folgenden die wesentlichen Auszüge aus dem anschaulichen „Metall“-Artikel, ergänzt durch einige zusätzliche Informationen.

„Die Schnüffeleien in den Betrieben nehmen kein Ende. Neuester Fall: In Schwäbisch Gmünd versuchte ein Beamter der politischen Polizei einen IG-Metaller zum Aushorchen über die Friedensaktivitäten seiner Arbeitskollegen anzuwerben.

Gerhard A. arbeitet bei der Zahnradfabrik Friedrichshafen (ZF), Geschäftsbereich Schwäbisch Gmünd. Er ist Vertrauensmann der IG Metall und kommt durch seine Tätigkeit als Werkstatthelfer im ganzen Werk herum. Als er am 7. Juli abends nach Hause kommt, findet er unter seiner Post ein Schreiben von der örtlichen Kriminalaußenstelle. Er solle „zur Erörterung einer hier anhängigen Ermittlungssache“ am Freitag, dem 8. Juli um 13 Uhr — mitten in der Arbeitszeit — zur „Rücksprache vorsprechen“.

Am Freitagmorgen ruft A. vom Arbeitsplatz bei der angegebenen Telefonnummer an. Er fragt Kommissar Adolf H., was gegen ihn vorliege. Antwort: Es liege nichts gegen ihn vor, aber man brauche seine Hilfe. A. lehnt entschieden ab: „Wenn Sie etwas von mir wollen, müssen Sie mich schon mit Blaulicht aus dem Betrieb holen.“

Kurze Zeit später — die Vesperpause ist gerade zu Ende — ruft ihn sein Meister und teilt ihm mit, er solle an die Pforte kommen, jemand wolle ihn sprechen. Der Meister, dem A. die Vorgeschichte erzählt hatte, rät ihm: ‚Halte dich da raus.‘

Kommissar am Tor

Vor dem Werkstor stellt sich Kommissar H. vor und überfällt ihn gleich mit Fragen: ‚Wie stehen Sie zum Grundgesetz?‘ Und: ‚Sie sind bisher unbescholten und wollen es sicher auch bleiben?‘

Der Polizist hat eine Liste mit Namen dabei. Es sind alles Kolleginnen und Kollegen von ZF. Hinter jedem Namen stehen handschriftliche Notizen. ‚Sind das nicht alles Mitglieder des betrieblichen Friedenskomitees?‘, will er von Gerhard wissen. ‚Wer sind denn da die Macher? Wer lädt ein, wer bereitet die Sitzungen vor, wer macht die Einladungen?‘ und: ‚Welche Vorbereitungen laufen für den heißen Herbst?‘, fragt Kommissar H.

Gerhard A. ist zunächst völlig überrascht. Er steht weder auf der Liste noch gehört er dem Friedenskomitee an. Allerdings hat sich eine Friedensbewegung in Schwäbisch Gmünd gebildet, auch ein Arbeitskreis ‚Frieden‘ des Vertrauenskörpers von ZF. Denn: In Mutlangen, vor den Toren der schwäbischen Stadt, sollen im Herbst die ersten amerikanischen Pershing II-Raketen stationiert werden.

Vor allem bei den Jugendlichen und den Gewerkschaftern am Ort ruft diese Aussicht Unbehagen hervor. Mit einem ‚Friedens-Camp‘ protestieren zur Zeit mehrere hundert Teilnehmer friedlich gegen die ‚konkrete Bedrohung unserer Heimat‘, wie der IG-Metall-Vertrauenskörper in einem Brief an Bundesverteidigungsminister Wörner (CDU) schrieb. In diesem Brief fordern die Kollegen die Bundesregierung auf, ‚ihre Zustimmung zur Stationierung der neuen Waffensysteme auf deutschem Boden und damit auch im Raum Schwäbisch Gmünd zu verweigern‘.

Wer zieht die Fäden?

Soweit die Vorgeschichte. Als Kommissar H. merkt, daß A. nicht will, lockt er: Ob er schon ein Auto habe, über Geld brauche er sich keine Gedanken zu machen. Genaueres könne er ihm aber erst am 12. Juli mitteilen. Und zum Schluß droht er: Wenn A. etwas von dieser Unterredung weitererzähle, würde das für ihn „persönliche Konsequenzen‘ haben.

Gerhard A. informiert nach dem Treffen die IG-Metall-Verwaltungsstelle. Von dort wird ‚Metall‘ informiert. ‚Metall‘ fragt nach: Ein Vertreter der Geschäftsleitung versichert, nichts von einem Anwerbeversuch zu wissen: ‚Was unsere Mitarbeiter in ihrer Freizeit tun, ist uns gleichgültig‘.

Kommissar H., um ein Gespräch gebeten, sagt zu. Kurz vor dem vereinbarten Termin ruft er an. Sein Vorgesetzter, Oberkriminalrat R. aus Aalen, wünsche nicht, daß er ‚mit uns Kontakt aufnimmt‘. Aber diese stehe für weitere Auskünfte zur Verfügung.

Nach einigem Hin und Her kommt es zu einem Gespräch im Gebäude der Kriminalaußenstelle von Schwäbisch Gmünd. Oberkriminalrat R. bestätigt den Sachverhalt. Es sei nicht beabsichtigt gewesen, Informationen über den Betrieb herauszukriegen, wohl aber sei die Polizei daran interessiert zu erfahren, welche Gruppen die Fäden in den Friedenskomitees zögen. Außerdem sei alles ganz anders gewesen: A. habe H. geklagt, er habe Schulden, weil er sich kürzlich ein Auto gekauft habe. Ob da nichts zu machen sei. Die Wahrheit ist: Gerhard A. hat gar keinen Führerschein. (...)“

Alfons Leinmüller, Erster Bevollmächtigter der IGM in Schwäbisch Gmünd und selber betroffen, weil seine beiden Söhne aktiv im betrieblichen Arbeitskreis Frieden arbeiten, nennt diese Vorfälle richtig einen Skandal. Franz Steinkühler erlärte wenig später, dieser „Skandal von Schwäbisch Gmünd muß wohl als die Spitze eines Eisberges angesehen werden“; „Es gilt, Alarm zu schlagen“.

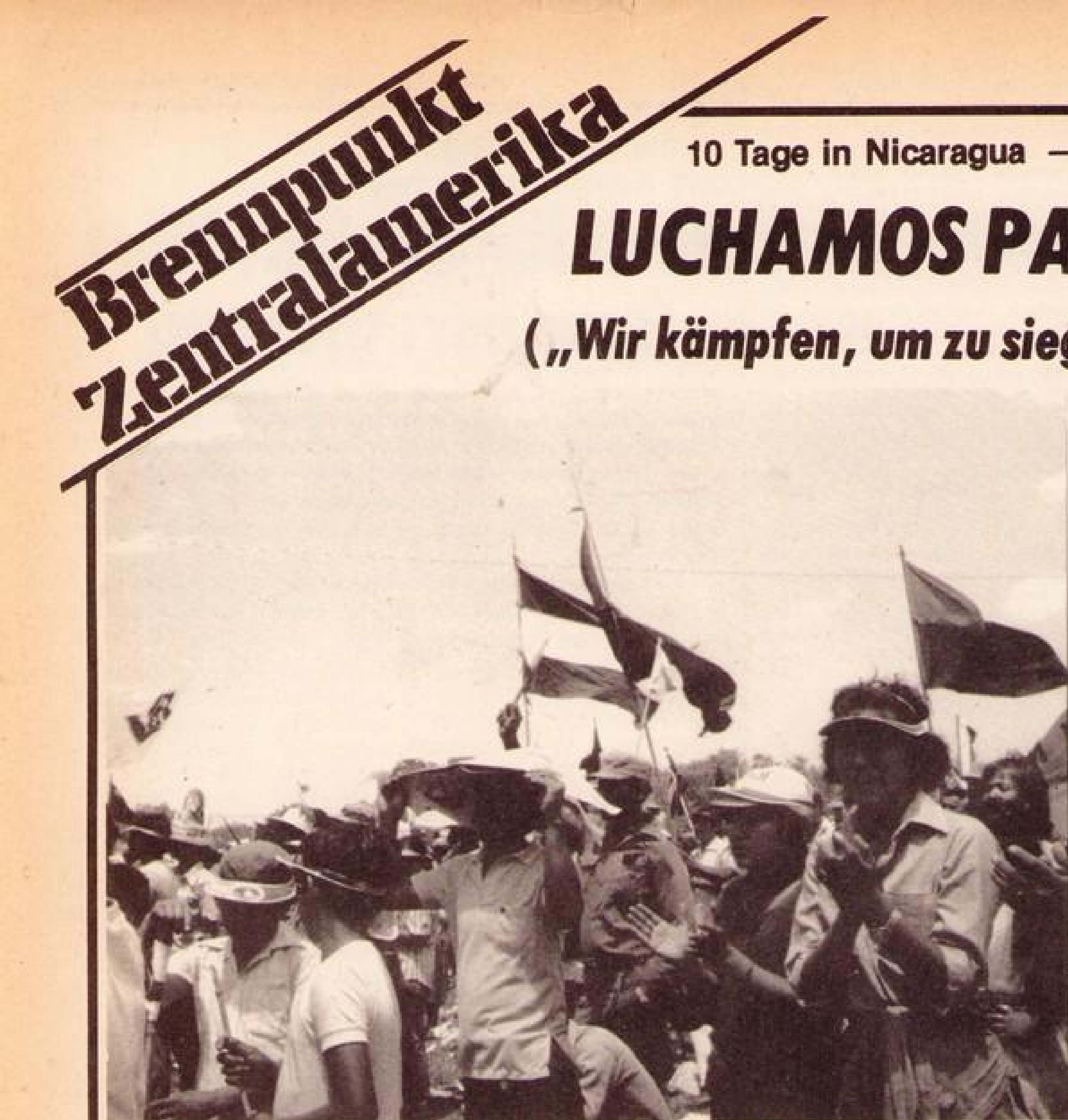
Was die „Metall“ nicht schreibt: Die Polizei hält drei der Komiteemitglieder für Mitglieder der MLPD. Und hat vielleicht erwartet, daß ein gewerkschaftlicher Vertrauensmann gegenüber tatsächlich oder angeblichen Mitgliedern einer linken Partei, die die IGM selber mit in ihre skandalösen Unvereinbarkeitsbeschlüsse einbezogen hat, keine Rücksichten nehmen würde. Sie haben Pech gehabt. Der IGM aber kann man den Hinweis nicht ersparen: Mit ihren Unvereinbarkeitsbeschlüssen gegen links leistet sie derartigen polizeilichen Überlegungen Vorschub. So, wie die Kollegen und Gewerkschafter von ZF nach dem Grundsatz handeln, daß ihnen die parteipolitische Herkunft eines Kollegen egal ist, solange er sich nur für Arbeiterinteressen einsetzt, so müssen alle Metaller und alle Gewerkschafter handeln. Deshalb müssen auch die Unvereinbarkeitsbeschlüsse endlich vom Tisch!

Brennpunkt Zentralamerika

10 Tage in Nicaragua — Reisebericht einer Leserin

LUCHAMOS PARA VENCER — NO PASARAN

(„Wir kämpfen, um zu siegen — die werden nicht durchkommen")



Leon: Jahrestag der Revolution

Lautstarke Auseinandersetzungen draußen im Garten: Emilio (Fünf Jahre alt) diskutiert erhitzt mit seinen Spielkameraden die Rollenverteilung im derzeit aktuellen Kinderspiel „Compas gegen Contras" (Genossen gegen Konterrevolutionäre): keiner will „contra" sein. Das frühere Räuber- und Gendarm-Spiel hat sich der veränderten Situation in Nicaragua angepaßt. Auch die Kinderspiele spiegeln die von der aggressiven Lateinamerikapolitik des US-Imperialismus aufgezwungene und geprägte Realtität wider:

Krieg an der Grenze mit Honduras (die Kämpfe an der Grenze zu Costa Rica sind z. z. stark zurückgegangen); Krieg der von den USA finanzierten und unterstützten „contras" gegen das befreite Nicaragua, dessen Existenz und Aufbau für die Völker Latein- und Südamerikas die machbare Verwirklichung ihrer eigenen antiimperialistischen und demokratischen Befreiungsbestrebungen bedeutet. „Primero Nicaragua, después El Salvador, América Latina por su Liberaciòn". (Zuerst Nicaragua, dann El Salvador, Lateinamerika kämpft für seine Befreiung) „Wie wirkt sich die notwendige Verteidigung des befreiten Nicaraguas auf die Produktion und den Aufbau insgesamt aus? ... Die Diskussion dieser Fragestellung steht als Punkt 1 auf der Tagesordnung unserer Arbeitsgruppe. Ich bin die einzige Ausländerin auf „Kurzurlaub" in Nicaragua, die an diesem zweitägigen „politisch-pädagogischen Fortbildungsseminar" für Universitäts- und Fachhochschuldozenten an der UNAN (Universidad nacional autónoma de Nicaragua) teilnimmt, aber mit allen Möglichkeiten, mich an der Diskussion zu beteiligen. Gestützt auf die in den vorangegangenen Referaten gegebenen Hintergrundinformationen beginnt die Diskussion, in deren Verlauf die auch in anderen Situationen sichtbar werdenden unterschiedlichen politischen Positionen und Widersprüche zur Politik der FSLN zum Ausdruck kommen.

Wir sind uns schnell einig, daß die aggressive Interventionspolitik die Überwindung der von der Somoza-Diktatur ererbten strukturellen Probleme erheblich erschwert. Vier Jahre Neuorientierung und Aufbau reichen nicht aus, um ein Land, dessen Wirtschaftsstruktur über Jahrzehnte (Jahrhunderte, wenn man die Kolonialzeit mitrechnet) hinweg auf die Interessen eines Imperialismus und seiner verbündeten regionalen, oligarischen Regime ausgerichtet war, aus der Abhängigkeit und Rückständigkeit, aus der Verschuldung und dem Massenelend zu befreien.

Die nicht nur für Lateinamerika typische Entwicklung Nicaraguas bis zum Sturz Somozas zu einem, der imperialistischen internationalen Arbeitsteilung unterworfenen, und damit abhängigem, kapitalistischem Land, hatte die wirtschaftliche, finanzielle und technologische Abhängigkeit (um nur einige Bereiche zu nennen) beinhaltet; Abhängigkeiten, die mit der Befreiung allein nicht überwunden werden konnten. Der Aufbau des neuen, freien Nicaragua bedeutet deshalb, die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Grundlagen zu schaffen, um die vom Imperialismus aufgezwungene Abhängigkeit und Unterentwicklung zu überwinden. Konkret hieß und heißt das: Kampf gegen Analphabetismus, gegen Armut, Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung, für ein den Interessen des Volkes entsprechendes Erziehungs- und Gesundheitssystem, Sicherung der Versorgung der Bevölkerung mit den wichtigsten Grundnahrungsmitteln, Aufbau einer umfassenden Infrastruktur, Überwindung der Monokultur, Aufbau einer an den Bedürfnissen, Interessen und Notwendigkeiten der Bevölkerung orientierten Landwirtschafts- und Industriestruktur.

Die Interventionspolitik des US-Imperialismus und die damit verbundene Notwendigkeit, die Verteidigung Nicaraguas zu sichern und zu verstärken, hat zur Folge, daß der Aufbau des neuen Nicaraguas mit immer weiteren Schwierigkeiten und Hindernissen konfrontiert wird. Die unmittelbaren Auswirkungen sind:

• Notwendigkeit der Umstrukturierung der Staatsausgaben und der Ausgabenschwerpunkte. Konkret heißt das u. a.: Stagnation der öffentlichen Investitionsen in wichtigen Bereichen wie z. B. der Lebensmittelverarbeitenden Industrie, dem Erziehungswesen etc.

• Stagnation, zum Teil Rückgang, der Grundnahrungsmittelproduktion und als Folge höhere Ausgaben für Nahrungsmittelimporte (bei gleichzeitiger Devisenknappheit), da in den umkämpften Gebieten in Norden, einem der Hauptanbaugebiete der Grundnahrungsmittel, die Produktion durch die Überfälle der contras stark behindert und beeinträchtigt wird.

• Erhöhung der Verteidigungsausgaben, Gewährleistung der umfassenden Versorgung der Kämpfenden, was heute schon zur Verknappung etlicher Produkte führte. So fehlten z. B. Medikamente in den Apotheken und Krankenhäusern Managuas. In den letzten Tagen vor meinem Abflug gab es kaum Brot.

Die politischen Widersprüche entwickelten sich an der Frage der „unidad nacional"-Politik der FSLN und der Frage, auf wessen Kosten, zu wessen Lasten die notwendigen Verteidigungsmehrausgaben gehen sollen.

„Nationale Einheit" um jeden Preis oder Betonung des Klassencharakters auch der Verteidigung? **Was soll verteidigt werden?** ... die Profitinteressen der Kapitalisten und Großgrundbesitzer, die immer noch die Wirtschaft Nicaraguas entscheidend beherrschen, Bestandteil und Folge der „gemischten Wirtschaftsform" **oder** die kollektive und staatliche, unter Arbeiter- und Bauernkontrolle befindliche Produktion?

Es waren zwei an der Universität arbeitende Genossen der MAP-ML und der Frente Obrero, die diese Fragestellungen in die Diskussion einbrachten und die von den Klasseninteressen der nicaraguanischen Arbeiter, Bauern und Werktätigen losgelöste „unidad-nacional"-Politik kritisierten.

Nebenbei bemerkt: Die Tatsache, daß Genossen der MAP-ML und der Frente Obrero (FO) ungehindert in die Diskussion eingreifen konnten, ist so selbstverständlich nicht. Noch 1982 wurden Genossen der FO gewaltsam, d. h. mit Polizeigewalt an der politischen Arbeit, an der Teilnahme z. B. an Betriebsversammlungen gehindert und unterdrückt.

„Was heißt es, der Verteidigung einen ‚Klassencharakter' zu geben?"

„Wie stehen die Genossen der MAP-ML und der Frente Obrero zur Politik der FSLN?" ... In der Diskussion in der Arbeitsgruppe konnten diese Fragen nicht vertieft werden, dazu standen zu viele Themen und Punkte auf der Tagesordnung, und die für die Arbeitsgruppendiskussion vorgesehene Zeit drängte. Dieser zeitdurck fehlte glücklicherweise völlig, als ich zwei Tage später zu einem Gespräch mit Genossen der MAP-ML und der FO verabredet war.

„‚Mira' (Schau mal) ..., seit drei Jahren sind die Löhne mehr oder weniger eingefroren. Die zunehmenden und notwendigen Verteidigungsausgaben bedeuten z. B. auch Kürzungen oder Einfrieren von Subventionen für die werktätigen Massen, d. h. Preissteigerungen oder Stagnation bisher gewährter Sozialleistungen, kurz: **nicht** Verbesserung der Lebensbedingungen sondern Gefahr der Verschlechterung" ... begannen die Genossen ihren Standpunkt und später ihre inhaltlichen Vorschläge zur Verteidigung Nicaraguas und des revolutionären Prozesses zu entwickeln. „Wir meinen, daß es falsch ist, die Lasten des uns aufgezwungenen Krieges auf die Schultern der breiten Massen abzuwälzen, während die Bourgeoisie und die Großgrundbesitzer weiterhin Subventionen und Steuererleichterungen erhalten, von denen ein beträchtlicher Teil nicht wie vorgesehen für Investitionen und die Produktion benutzt wird, sondern über aus der Somoza-Zeit stammende Kanäle ins Ausland geschafft wird. Analog zur Forderung in vielen kapitalistischen Ländern „Die Reichen sollen die Krise bezahlen", fordern wir deshalb, daß die Bourgeoisie, d. h. die Unternehmer und Großgrundbesitzer die Verteidigungskosten bezahlen sollen und nicht, wie bisher, allein die werktätigen Massen.

Wir haben folgende Vorschläge und Forderungen in die Diskussion dieser Frage eingebracht:

• Sondersteuer für die Bourgeoisie, d. h. Aufhebung der Steuerermäßigungen

• Einfrieren der Unternehmergewinne, um die so frei werdenden Gelder zu Verteidigungszwecken einzusetzen

• Suspendierung der Pacht (Grundrente), die viele campesinos, die Land von den Großgrundbesitzern gepachtet haben, an diese zahlen müssen, zugunsten des Staates oder der Cooperativen.

• Zügige Weiterentwicklung der Agrarreform und zwar auf Kosten des Großgrundbesitzes und **nicht** wie z. Z. auf Kosten der verstaatlichten Güter, und gleichzeitge Bewaffnung der campesinos. „Tierra y armas" heißt unsere Forderung.

Man kann doch nicht im Ernst von einer neuen Phase der Agrarreform sprechen, wenn der Großgrundbesitz nicht oder nur unwesentlich angetastet wird und als Grundlage für die Landverteilung Staatsboden herangezogen wird.

Wir meinen aber auch, daß die Frage der Verteidigung sich nicht auf die militärischen und wirtschaftlichen Aspekte beschränken darf. Du kennst ja die Hauptparole des diesjährigen 19. Juli: „Todas las armas al pueblo" (alle Waffen dem Volk). Die FSLN hat mehrfach betont, daß mit den „armas" nicht nur die militärischen, sondern auch im übertragenen Sinn die ideologischen und politischen „Waffen" gemeint sind, die die werktätigen Massen brauchen, um die Verteidigung Nicaraguas und der Revolution tatsächlich zu sichern. Wir unterstützen voll diese Interpretation. Doch hat die FSLN unserer Meinung nach keinerlei konkrete Schritte unternommen, um den Massen tatsächlich diese „Waffen" zu geben. Streiks, Fabrik- und Landbesetzungen, die vor dem 19. 7. 1981 Waffen der Werktätigen gegen die Kapitalisten und Großgrundbesitzer waren, sir nach wie vor nicht wieder erlaubt, obwohl sie von den Werktätigen eingesetzt worden waren, um Kapitalflucht, Sabotage der Produktion, Brachliegen des Bodens etc. zu verhindern.

„Todas las armas al pueblo" bedeutet für uns, den Werktätigen in der Praxis die „Waffen" zu geben, die ihren Einfluß auf den revolutionären Prozeß verstärken. Wir haben deshalb die Forderung um folgende Punkte erweitert:

• Arbeiter- und Bauernkontrolle der Produktion, Verteilung und der Preise

• Tatsächliche Mitwirkung der Werktätigen an der Wirtschafts- und politischen Planung

• Erweiterung des Einflusses der Werktätigen und ihre demokratischen und revolutionären Organisationen auf die Massenmedien. D. h. Aufhebung der Pressezensur für die Publikationen demokratischer und revolutionärer Organisationen bei gleichzeitiger verstärkter Kontrolle der Publikationen der Bourgeoisie und ihrer Parteien und Organisationen.

In diesen Zusammenhang haben wir erneut unsere Kritik und Widersprüche an dem von der Regierung, d. h. also der FSNL, vorgeschlagenen Parteiengesetz zum Ausdruck gebracht. Wie kann man denn davon reden, daß dem Volk alle notwendigen politischen und ideologischen Waffen gegeben werden, wenn man gleichzeitig eine Politik betreibt, die die Wiederzulassung der bürgerlichen Parteien betreibt, die die Wiederzulassung der bürgerlichen Parteien, auch der offen reaktionären, beinhaltet? Was nützt es, die „Prensa" zu zensieren, wenn man auf der anderen Seite der Reaktion das Recht auf parteiliche Organisierung zugesteht?

Du fragtest vorhin, welches unsere Hauptwidersprüche zur FSLN sind und wie wir die FSLN insgesamt einschätzen. Bueno, unsere Hauptwidersprüche kann man, glaub' ich, in zwei Ppunkten zusammenfassen:

1. Wir meinen, daß die

MAP-ML Y FRENTE OBRERO PROPONEN

Unidad Obrero - Campesina
Para defender el Avance
Al Socialismo



Contra el Imperialismo,
la Burguesía
y los Terratenientes

No a la institucionalización
de las fuerzas burguesas

Viva la hegemonía Popular

La Institucionalización del
Triunfo Popular del 19 de Julio
debe ser la Institucionalización de las Conquistas de los trabajadores

Ein Plakat der MAP-ML und der Frente Obrero mit den Parolen: Einheit der Arbeiter und Bauern — Für die Verteidigung des Weges zum Sozialismus. Gegen Imperialismus, die Bourgeoisie und die Großgrundbesitzer. Keine Institutionalisierung (gemeint: verfassungmäßige Festschreibung, RM) der Ziele der Bourgeoisie. Es lebe die Hegemonie des Volkes. Für die Institutionalisierung des Triumpfes des Volks vom 19. Juli (Datum der Revolution, RM) muß die Institutionalisierung (oder Verankerung, RM) der Errungenschaften der Arbeiter sein.



Die beiden Hauptparolen: Alle Waffen dem Volk und Das ganze Volk zur Verteidigung.

sozialdemokratische, reformistische Losung von „unidad nacional" und das damit verbundene wirtschaftspolitische Modell der „economía mixta" nicht die Interessen der Bauern und Arbeiter in den Mittelpunkt stellt. Diese haben doch nicht die Revolution gemacht, um in einem Kapitalismus ohne Somoza zu leben, sondern um ein Nica aufzubauen, das ihren Interessen und Bedürfnissen entspricht.

Wir leugnen überhaupt nicht, daß es besonders im Erziehungs- und Gesundheitsbereich, kurz, dem sozialen Bereich, zu tiefgreifenden Veränderungen gekommen ist, doch sind solche Errungenschaften solange nicht endgültig gesichert, wie die wirtschaftliche Basis des neuen Nicaraguas noch vom Kapitalismus geprägt ist.

2. In den vier Jahren seit der Revolution haben sich viele der neugegründeten Massenorganisationen und Institutionen in bürokratische Apparate verwandelt. Die immer wieder betonte Notwendigkeit der aktiven Mitwirkung und Kontrolle durch die Massen findet in der Wirklichkeit, in der Praxis, nicht statt oder bleibt rein formal.

Wir haben in unserer Arbeit gemerkt, daß dies nicht nur unsere Widersprüche sind. Die Widersprüche in den werktätigen Massen zur Politik der FSLN sind gewachsen, stehen aber angesichts der imperialistischen Aggressionspolitik und der von keinem Werktätigen in Frage gestellten notwendigen Verteidigung Nicaraguas an zweiter Stelle, d.h. nicht im Mittelpunkt der gegenwärtigen politischen Diskussion.

Widersprüche bestehen auch innerhalb der FSLN, zwischen den drei Hauptfraktionen. Ein besonders heftiger Kampf ist zwischen der sozialdemokratisch orientierten Mehrheitsfraktion um Daniel Ortega und der Fraktion um Tomas Borge entbrannt. Die Ortega-Anhänger werden FSLN-intern als „Menschewiken" kritisiert. Die dritte Fraktion um Jaime Wheelock strebt eine noch engere Zusammenarbeit mit den revisionistischen Ländern, allen voran der UdSSR, an."

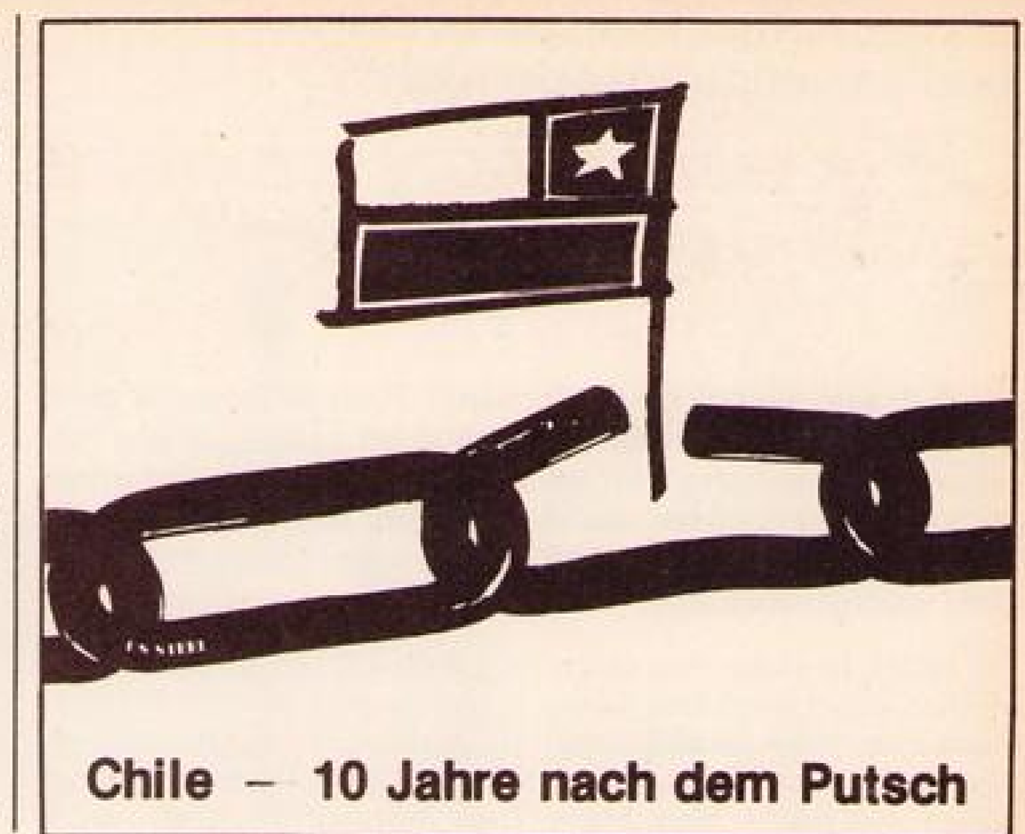
Die Diskussion mit den Genossen der MAP-ML und der FO endete eigentlich erst Tage später auf dem Flughafen. Es fiel mir schwer, Nica zu verlassen; die Menschen, ihren Kampf, ihre Lebensfreude trotz des Wissens um die unmittelbare Bedrohung, ihre Entschlossenheit, das zu verteidigen und weiter aufzubauen, wofür sie jahrelang gekämpft haben.



Rückfahrt nach Managua

Kurz vor dem fünften nationalen Tag des Protestes in Chile macht die Diktatur ihre ersten Rückzieher. Die Zugeständnisse resultieren aber nicht, wie in vielen Presseberichten behauptet, aus den Gesprächen und Verhandlungen einiger Oppositionsführer, sondern sind ein Erfolg des massenhaften Widerstands, der sich in diesem Jahr zu einer Sturmflut gegen die Diktatur ausgeweitet hat.

Der vierte nationale Protesttag, als 48 Stunden lang im ganzen Land Kundgebungen und Demonstrationen, Streiks und Proteste liefen, hat fast 30 Menschen das Leben gekostet. Trotzdem — für 30./31. August und für den 11. September sind wieder breite Aktionen angesagt. Pinochet hat für diese Tage mit einer „Wiederholung des 11. September", also dem Putschtag von 1973 gedroht — er ist bereit, ein neues Blutbad anzurichten. Diese Tage können aber auch zu den letzten der Diktatur gehören — und die Frage steht — was kommt nach Pinochet?



Chile – 10 Jahre nach dem Putsch

Was kommt nach Pinochet?

Zunächst ist es wichtig, sich klarzumachen, daß der Widerstand gegen die Pinochet-Diktatur nicht erst jetzt begonnen hat. Er ist sicher so mächtig wie noch nie, umfaßt Millionen, was nicht immer der Fall war. Aber man darf über den aktuellen Widerstand nicht die Tausenden und aber Tausenden mutigen Menschen vergessen, die die ganzen zehn Jahre über gegen den Faschismus gekämpft haben. In dieser Zeit sind mindestens 30000 Menschen von der Junta ermordet worden, 25000 sind spurlos verschwunden, die Zahl der Gefolterten ist Legion, hunderttausend mußten ins Exil gehen. Der jahrelange harte Kampf dieser Menschen ist jetzt zu breitem Massenwiderstand geworden.

Die nationalen Protesttage haben immer wieder ihren konsequentesten Ausdruck in den Aktionen der Bewohner der Armenviertel gehabt, in den Aktionen der Arbeiter und der Jugendlichen, hier ist die Hauptkraft des Widerstandes.

In der bürgerlichen Presse, in den Massenmedien wird immer die „Demokratische Allianz" hervorgehoben. Sie ist hervorgegangen aus einem Projekt der — erst in den letzten Jahren — oppositionellen Christdemokratischen Partei. Das Programm dieser Partei, die mit ihrem früheren Außenminister Valdes ihren Sprecher hat, ist ein bürgerliches Konzept, ein Programm, das letztendlich keine tiefgreifende Änderung vorsieht. Valdes fordert den Rücktritt Pinochets, eine Übergangsregierung unter ausdrücklicher Ausschließung der Kommunisten. Keinerlei Aussagen werden zur Zukunft der faschistischen Armee gemacht, die Probleme der Verschwundenen und Exilierten werden nicht angesprochen, absolute Gewaltlosigkeit wird propagiert. Das Ziel ist eindeutig eine kapitalistische Mitte/Rechts-Regierung.

Innerhalb der „Demokratischen Allianz" sind diese Ziele der Christdemokraten dominierend. Unterstützt wird die „Demokratische Allianz" mittlerweile auch von der Demokratisch-Republikanischen Rechten, der Radikalen Partei, der Sozialdemokratischen Partei und Teilen der Sozialistischen Partei. Aber gerade die Sozialistische Partei war es, die noch vor Monaten ein anderes Programm unterstützt hatte. Zusammen mit den Parteien, die die Unidad Popular gebildet hatten, hatten chilenische Linke schon im September 1981 eine Absprache getroffen, die viel weitergehend war, als das Programm der „Demokratischen Allianz". Von einer Regierung nach dem Sturz Pinochets sollte keine oppositionellen Kraft ausgeschlossen werden, eine tiefgehende Demokratiesierung der Streitkräfte und der Justiz sollte erfolgen, die Bestrafung aller Schuldigen an den Verbrechen gegen das Volk war ein Ziel, die Aufklärung der Fälle der Verschwundenen, die Heimkehr aller Exilierter sollte eingeleitet werden, vor allem aber unterstrich dieses Programm die Notwendigkeit auch extreme Gewalt zum Sturz der Diktatur anzuwenden.

Aber die Einheit der chilenischen Linken war und ist bis heute sehr brüchig. Schon kurz nach der vorgenannten Vereinbarung gingen im Exil Streitereien los, wer eigentlich überhaupt zur Unterzeichnung legitimiert wäre, und bis heute konnte man sich nicht einmal darauf einigen, ein Angebot der Regierung von Nicaragua anzunehmen, einen festen Sitz der chilenischen Linken in Managua einzurichten und einen Fragenkatalog für Beratungen zu erstellen. Doch wäre es zu einfach, der chilenischen Linken, zu der im wesentlichen die moskautreue KP, die sozialistische MAPU-OC, die Sozialistische Partei, Christliche Linke und die trotzkistische MIR gehört, lediglich ihre Uneinigkeit vorzuwerfen und ausschließlich damit ihre Schwäche zu erklären.

Denn immerhin waren es Angehörige, Kämpfer, Mitglieder und Sympathisanten dieser Gruppen und Parteien, gegen die sich die Gewalt der faschistischen Militärs als erstes und in extremster Weise gerichtet hat. Diese Organisationen haben einen hohen Blutzoll gezahlt, Tausende ihrer Anhänger wurden ermordet, gefoltert — wurden Opfer einer Politik, die das Regime „Ausrotten des Marxismus" nannte. Wenn auch viele Kämpfer in tiefer Illegalität weitermachten, es einigen Führern gelang, ihre Arbeit aus dem Exil heraus fortzusetzen, so wäre es doch sehr idealistisch anzunehmen, die chilenische Linke stände am Tag nach Pinochets Sturz genauso da, wie am 10. September 1973. Sie hat durch die Militärdiktatur einen schweren Schlag erlitten — und muß außerdem noch mit einer leider sehr bitteren Wahrheit leben: Die chilenische Linke trägt auch Mitverantwortung für die schwere Niederlage der chilenischen Arbeiterbewegung und des Volkes vom 11. September 1973. Gerade die KP Chiles, der rechte Flügel der Sozialistischen Partei und die MAPU tragen ein großes Maß an Verantwortung dafür, daß die chilenische Arbeiterklasse relativ unbewaffnet, desorganisiert und ohne Selbstorganisation der bewaffneten Konfrontation mit den faschistischen Militärs ausgeliefert waren.



Massenprotest gegen die Diktatur in Santiago de Chile am 11. August

Man kann nicht umhin, zum einen die Vielfalt, die Pluralität der momentanen Protestbewegung und zum anderen die relative Stärke der christdemokratischen Kräfte in dieser Bewegung anzuerkennen. Wenn es auch ganz deutlich ist, daß es zwei Wege für ein Chile nach Pinochet gibt, einen bürgerlichen, der eine „normale" bürgerliche Demokratie will, und einen linken, der für eine grundlegende Änderung der Zustände im Land ist, gibt es zunächst in der Frage der Zusammenarbeit für den Sturz Pinochets keinen Zweifel, daß man zusammenarbeiten muß — zur Not mit dem Teufel gegen Pinochet. Aber was nach Pinochet kommt, ob nur die allerdringlichsten, nötigsten Forderungen des Volkes erfüllt werden, oder ob es der Beginn einer fortschrittlichen Entwicklung für das leidgeprüfte Land wird, wird aber weder allein von den bürgerlichen Oppositionsparteien, noch den Führern der Linken in Mexico City entschieden.

Schon heute ist es so, daß jeder Aufruf, der die „Demokratische Allianz" unterstützenden PRODEN (Projekt für eine nationale Entwicklung) zu immer schärferen Klassenauseinandersetzungen führt. Die Demonstrationen am 11. August dauerten 48 Stunden. Und obwohl allein in der Hauptstadt 18000 Uniformierte eingriffen, 3000 Demonstranten verhafteten und es hunderte Verletzte und viele Tote gab, gibt das Volk nicht auf und erhebt immer mächtiger seine Forderungen.

Diese gewaltig angewachsene Kraft wird am Tag nach Pinochet nicht erlahmen, jede neue Regierung wird sie berücksichtigen müssen. Das chilenische Volk hat — vor allem in der letzten Zeit — sehr viele verschiedene Formen der Organisation des Widerstandes geschaffen. Diese, an der Basis geschaffenen Einheiten, die den Hauptteil und die größten Lasten des Widerstandes getragen haben, werden auf die Erfüllung ihrer Forderungen drängen.

Diejenigen, die sich aus den Armenvierteln heraus an Hungermärschen beteiligt haben, die Organisationen der „gemeinsamen Töpfe", praktisch selbstorganisierte Armenküchen, werden Lebensmittel und Brot verlangen. Die Bewohner der Elendsviertel werden menschenwürdige Wohnungen verlangen, die unheimlich hohen Strom- und Wasserrechnungen sowie die teuren Mieten müssen gesenkt werden. Die Obdachlosen, die sich zu organisieren begonnen haben, werden nicht länger zu lassen, daß in Chile 15000 Neubauwohnungen leerstehen, weil sie niemand bezahlen kann. Vor allem die Arbeiter werden sich in einer Zeit nach Pinochet nicht mehr mit Lohnsenkungen abfinden, werden die Wiedereinstellung der politisch Entlassenen fordern, werden gerechten Lohn und menschenwürdige Arbeitsbedingungen verlangen.

Die armen Bauern und die unter den Großgrundbesitzern leidenden Landarbeiter werden ihre Forderungen stellen, wie auch die Studenten und viele Akademiker, die ihre Lehranstalten von der Pest des Faschismus befreien wollen.

In all diesen Kämpfen wird sich auch die Jugend des Landes massiv beteiligen, die schon jetzt, unter der tödlichen Bedrohung durch die reaktionäre Soldateska immer wieder in der ersten Reihe steht.

Selbst viele kleine Unternehmer, die vom Großkapital ruiniert worden sind, werden Maßnahmen gegen die Monopole fordern, und die Justiz und das Militär wird unter keiner anderen Regierung mehr die gleiche Stellung haben können wie heute. Die politischen Gefangenen, die ins Exil Getriebenen, die Gefolterten werden, kaum ist Pinochet gefallen, sich von niemandem verbieten lassen, die Junta und ihren Machtapparat anzuklagen.

So wird man, wenn es in Chile zur Zeit auch nicht so aussieht, als würde auf Pinochet eine linke, fortschrittliche Regierung folgen, sicher davon ausgehen können, daß das solange unterdrückte Volk, trotzdem mit seiner jetzt gegen die Junta erprobten Kraft auf die Erfüllung seiner Forderungen pochen wird.

Mathematik „lebensnah und anwendungsorientiert“:

„Wie viele Scharfschützen müssen eingesetzt werden?“

Auch das vermeintlich so „trockene“ Fach Mathematik dient nach der Wende an den Schulen schon zur „geistigen und moralischen Erneuerung“. Einige Beispiele aus für den Unterricht zugelassenen Büchern, die von Schülern und Eltern als „geschmacklos“, „makaber“ und „unverschämt“ bezeichnet werden, verdeutlichen das.

So lauten in einem von einem Arthur Engel verfaßten Lehrbuch über Wahrscheinlichkeitsrechnung (Klett Verlag) Aufgaben wie folgt: „Herr Maier will seinen ungezogenen Sohn mit 10 Ohrfeigen bestrafen. Auf wieviel Arten kann er das tun, wenn er bei jedem Schlag nur eine oder zwei Möglichkeiten hat: links oder rechts?“ Im gleichen Buch tauchen an anderer Stelle Aufgaben auf, in denen zu berechnen ist, mit welcher Trefferquote Abwehrraketen ihre Ziele treffen, wenn man von der Wahrscheinlichkeit „q“ ausgeht.

Dann wird beschrieben, wie Versuchsaffen mit Stromstößen bestraft und mit Polio-Viren geimpft werden. Eine Tabelle zeigt das „überraschende Ergebnis“ wie viele der „durch eine lange Tortur geschwächten Tiere“, gestorben sind und wie viele überlebt haben.

In einem anderen Buch über Wahrscheinlichkeitsrechnung und Statistik aus dem Gehlen Verlag, das in Bayern auf der vom Staatsminister und Kultus genehmigten Schulbuchliste steht und auch in Hessen als „ergänzende“ Schrift verwendet werden darf, stammen die folgenden Aufgaben: „Die Polizei setzt speziell ausgebildete Scharfschützen ein, um einen Attentäter kampfunfähig zu schießen.“ Die Schüler müssen berechnen, wie viele Schützen eingesetzt werden müssen, „wenn das Unternehmen mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 Prozent erfolgreich verlaufen soll.“

Nach Protesten mußte der Verfasser, Klaus Stierhof, das Buch überarbeiten. Ein Auszug aus der Neufassung: „Drei moderne Flak-Geschütze schießen je einen Schuß auf ein Flugzeug ab. Jedes Geschütz hat 15 Prozent Tefferwahrscheinlichkeit. Danach müssen die Schüler die Wahrscheinlichkeit für drei oder mindestens einen Treffer berechnen. Diese Aufgabe erinnert fatal an das „Mathematische Unterrichtswerk für höhere Lehranstalter“ aus dem **Jahre 1942**. Darin lautete eine Aufgabe: „Ein feindliches Bombengeschwader wird im Anflug auf eine Stadt gemeldet.“ Die Schüler mußten dann mit verschiedensten Angaben berechnen, „in welcher Entfernung von der Stadt es zum Kampf kommt“.

Parallelen mit der „anwendungsorientierten, lebensnahen“ Schulpolitik der Nazis liegen auf der Hand. Die bayerischen Kultusbehörden sehen das aber ganz anders: „Aufgaben aus dem militärischen Bereich wurden nicht als problematisch empfunden“, erklärte ein Sprecher des Ministeriums.



Wieder nur „bedauerliche Einzelfälle“:

„Verdammt viele“ Todesschüsse

DÜSSELDORF. — Selbst der Direktor der Schutzpolizei im Düsseldorfer Innenministerium, Manfred Quentin, meinte kürzlich in einer WDR-Sendung es seien „verdammt viele innerhalb einer kurzen Zeit“. Todesschüsse meinte er, Fälle, in denen die Polizei im wahrsten Sinne des Wortes kurzen Prozeß machte.

Am Donnerstag vergangener Woche war in Wesseling bei Köln ein Radfahrer von einem Polizisten erschossen worden. Nur 24 Stunden vorher erschoß die Polizei in Düsseldorf einen vermeintlichen Spanner, der an einem Fenster stand und erst am 7. August war in Bergisch-Gladbach ein Einbrecher erschossen worden, weil er versucht hatte zu fliehen. So locker gehen in Nordrhein-Westfalen die Polizisten mit dem Colt um. Verdacht oder Flucht reichen aus, um jemanden gezielt abzuknallen.

Die Polizeiführung nennt — auch diese Häufung — natürlich wieder „bedauerliche Einzelfälle“. Dann kommt natürlich auch wieder die „Entschuldigung“ mit der Geschichte der „ungeheuren nervlichen Belastung“, der sich „angegriffene Polizisten“ ausgesetzt sehen. Nun ist ein — selbst vielleicht auf dem Fahrrad — fliehender Dieb nicht gerade eine akute Bedrohung für die Polizisten. Zwar hat auch der Polizeipsychologe Georg Sieber gemeint, „Wer zwei junge, unerfahrene Beamte einsetzt, sollte wissen, daß er zwei möglich — wenn auch unschuldige — Killer auf den Weg schickt.“ Doch weder die angebliche Notwehrsituation, noch die mangelnde Ausbildung und Erfahrung — schießen können die ja offensichtlich sehr gut — sind die wirklichen Ursachen für die wachsende Brutalität der Polizei für die immer häufiger werdenden staatlichen Exekutionen.

Man sollte zum Beispiel mal nachforschen, was den ganzen Todesschützen nach ihren Taten überhaupt geschehen ist. Die Vertuschung durch die Polizeibehörden, die vielfach nachgewiesenen vorherigen Absprachen der Aussagen von Kollegen der Todesschützen, die milden Urteile, die mangelnden Konsequenzen für den weiteren Polizeidienst der uniformierten Schützen ermutigen die Polizisten doch geradezu dazu, sich als Schnellrichter mit der Pistole zu betätigen.

Und überhaupt — die Polizei kann doch bald — so muß es erscheinen — tun und lassen, was sie will —, die Justiz steht auf ihrer Seite. Letztes Beispiel dazu aus einer Zeitungsmeldung aus Bremen: **Ein Polizeibeamter hatte spätabends einen 14jährigen Jungen „gestellt“. Völlig ohne Grund, wie sich herausstellte, aber das „Stellen“ sah so aus: der Kopf des Jungen wurde heruntergezogen, der Polizist packte den Kleinen im Nacken und stieß ihm das Knie ins Gesicht. Die empörten Eltern, die den Schläger anzeigten erlebten mit, was das kostet: 175 DM Geldstrafe für die Kieferprellungen und Verletzungen des Jungen im Augenbereich.**



Wahlbehinderung in Bremen

BAL-Plakat verboten

BREMEN. — Mit einer Beschlagnahmeverfügung gegen ein Wahlplakat der Betrieblich-Alternativen-Liste (BAL) ist die Staatsanwaltschaft in den Bremer Wahlkampf eingetreten. Verboten wurde ein Plakat, mit dem zu einer Veranstaltung zum Thema „Demokratie wächst von unten — die Knüppel kommen von oben“, eingeladen wurde. Ein vergrößertes Foto zeigt gleichzeitig auf dem Plakat Polizisten bei einem Demonstrationseinsatz. Durch die Kombination von Überschrift und Bild wird nach Ansicht der Staatsanwälte Bock und Polach der Eindruck erweckt, als ob der abgebildete Beamte Mitglied einer „antidemokratischen Schlägertruppe“ sei.

Die auf Antrag der Staatsanwaltschaft durch ein Amtsgericht erfolgte Beschlagnahmeverfügung hatte zur Folge, daß jetzt mindestens das Gesicht auf dem Foto unkenntlich gemacht werden muß.

Zu Recht wies die BAL in einer Stellungnahme auf den Skandal hin, daß in einer Zeit, in der das Vermummungsverbot für Demonstranten diskutiert werde, das Amtsgericht für Polizeibeamte quasi ein Vermummungsgebot erlasse.

Neben der mittlerweile unerträglich gewordenen juristischen Praxis, Polizeibeamte bei der „Erfüllung ihrer Aufgaben“ — eben oft Knüppeleien, durch die formale Anwendung des „Rechts am eigenen Bild zu ‚schützen‘“ — ist dieser Fall natürlich auch eine direkte Wahlbehinderung für die Betrieblich-Alternative-Liste in Bremen. Der Fall erinnert fatal an eine bundesweite Justizaktion während der Bundestagswahl 1980.



Das Plakat der Volksfront aus dem Jahre 1980 war auch verboten

Damals war ein Plakat der Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg verboten worden. Das Plakat zeigte eine Grafik nach einem Foto der Illustrierten „Stern“: Polizisten im Einsatz. Ähnlich wie der BAL jetzt war auch damals die juristische Begründung. Die Plakate mußten — wie andere auch — zunächst überklebt werden. Zum Teil monatelange Gerichtsverfahren führten zwar dazu, daß in den meisten Fällen die Beschlagnahme als rechtswidrig bezeichnet wurde, der Schaden während des Wahlkampfes war aber nicht mehr wiedergutzumachen.

Das Mittelalter lebt:
Hexenverbrennung als „Erhaltung mittelalterlichen Kulturguts“

Der Magistrat der Stadt Fritzlar in Hessen hatte 10 000 DM bereitgestellt, um ein Spektakel der „Interessengemeinschaft zur Erhaltung mittelalterlichen Kulturgutes“ zu unterstützen. Was daraus wurde, ist eine Darstellung der übelsten, schlimmsten und menschenverachtendsten Verbrechen der römisch-katholischen Kirche.

Große Werbung wurde für die von einer Schaustellertruppe aufgeführte Verbrennung von der Stadt und der seltsamen Interessengemeinschaft gemacht. Zur Aufführung auf einem öffentlichen Platz — auch Kinder konnten dabeisein — wurde von den Zuschauern gefordert, daß sie „Holz und Reisig“ mitbringen.



Die Darstellung des Hexenprozesses — allein im 15. und 16. Jahrhundert fielen ihnen mindestens eine Million Menschen zum Opfer — war in der Stadt nicht unumstritten. Die Stadt aber ließ alle Proteste kalt. Zur Forderung der Grünen beispielsweise, diesen Programmpunkt abzusetzen, meinte der Magistrat der Stadt, die Verbrennung sei „sachlich und nüchtern betrachtet nicht zu beanstanden“. Auch der Leiter des Kulturamtes der Stadt stellte sich auf diesen Standpunkt.

So versuchten am Tag der Aufführung eine Gruppe von Frauen die Aufführung zu verhindern. Als die blonde „Hexe“ vom Henker vor den Richter geführt wurde, entrollten neun in Schwarz gekleidete Frauen zwei Transparente gegen dieses Spektakel. Dann versuchten einige von ihnen, die „Hexe“ zu befreien, als dies nicht gelang, stellten sie sich im Kreis auf und summten zusammen einen lauten Ton, der den Fortgang der Aufführung verhinderte. Zehn Minuten später kam es wie es bei uns kommen muß, die Polizei griff ein — aber immerhin: das Spiel war insgesamt für eine dreiviertel Stunde unterbrochen.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 **Bielefeld 1**, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum**, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: (0421) 39 38 88, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 **Dortmund 1**, Parteibüro Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clausthaler Str.), Tel.: (0231) 83 23 28, geöffnet: Fr 17 - 19 Uhr.

4100 **Duisburg 12**, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: (0203) 44 30 14.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

6000 **Frankfurt 60**, Kontaktadresse: Peter Stecay, Linnéstr. 13, Tel.: (0611) 49 19 18.

2000 **Hamburg 6**, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 430 07 09, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

3000 **Hannover 91**, Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzkyring 29, Tel.: (0511) 46 65 29.

7100 **Heilbronn**, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 **Kiel 1**, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: (0431) 56 77 02, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr und 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5000 **Köln 30**, Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37 a, Tel.: (0221) 55 49 56, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

5090 **Leverkusen 3**, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (0 21 71) 4 13 18.

6700 **Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: (0621) 52 39 66.

7000 **Stuttgart 1**, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 43 23 88, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr,

Sektion Westberlin, 1000 **Berlin 65** (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: (030) 465 39 66, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.